Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Ilge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 145. **Halle, Donnerstag den 27. Juni 1918.** **2. Jahrgang.**

Schluß der Reichskanzlerdebatte.

Unerquicklich, wie an den ersten beiden Tagen, so zog sich auch am dritten Tage bei der Beratung über den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes die Aussprache über die Kriegs- und Friedensfragen hin. Die Verhandlungen waren um so unerquicklicher, als alle Parteien die Regierung für ihre Auffassungen reklamierten und — die Regierung sich zu diesen Interpretationen des Regierungsstandpunktes ausschwieg. Dadurch muß natürlich das Gefühl der Unklarheit und Unsicherheit im Volke wachsen. Noch schlimmer ist aber, daß durch die bis auf den Gipfel gesteigerte Verwirrung unsere Lage dem Auslande gegenüber sich immer ungünstiger gestaltet und den Gegnern der Vorwand gegeben wird, daß für sie nach den Erklärungen der Regierung und den auseinandergehenden Auslegungen dieser Erklärungen durch die Parteien kein Anlaß gegeben ist, zu der Friedensfrage Stellung zu nehmen. Das ist aufs tiefste zu beklagen.

* *

Aus dem Reichstage wird uns weiter geschrieben:

Der Elsässer Hauß leitete heute die Verhandlungen mit Klagen über die militärische Verwaltung in Elsaß-Lothringen ein. Die ewige Begründung des Staatssekretärs v. Wallraf, daß die Maßnahmen im militärischen Interesse geboten seien, komme den Beschwerden nicht auf den Grund. Das stellte auch Genosse Noske zu Beginn seiner Rede fest, die scharf mit der inneren Politik der Regierung ins Zeug ging. Zu der letzten Rede Kühlmanns äußerte Genosse Noske seine Befriedigung darüber, daß sie immerhin einen Fortschritt auf dem Wege der diplomatischen Verständigung bedeute. Ein Eingriff des Präsidenten hinderte ihn daran, dem Dreiklassenhause und seinen Verdiensten um die Wahlrechtsreform eine gebührende Würdigung zuteil werden zu lassen. Den Annexionspolitikern wies er die Gefährlichkeit ihres Treibens nach. Er schloß mit einer Klarlegung der Ziele der deutschen Arbeiterklasse in den jetzigen Weltwirren. Die Abg. v. Richthofen und Graf Westarp wandten sich gegen Noske, während Graf Posadowsky in seiner besonderen nachdenklichen Art seine Meinung kundgab. Da Graf Westarp sich darüber beschwert hatte, daß Noske die letzte Rede des Kaisers in seine Kritik einbezogen hatte, fühlte sich Präsident Fehrenbach veranlaßt, die Berechtigung des Hauses, die Reden des Kaisers zu erörtern, festzustellen. Der Unabhängige Haase benützte auch die Gelegenheit, die Gegensätze zwischen seiner und unserer Partei durch hämische Angriffe zu vertiefen. Scheidemann blieb ihm die Antwort nicht schuldig. Er betonte, daß keine Anzeichen dafür vorliegen, daß der Reichskanzler von dem Programm, auf das er sich bei seinem Antritt festgelegt hat, abgewichen sei, und das sei das Programm seines Amtsvorgängers Bethmann Hollweg, ergänzt durch die Friedensresolution. Nach einem trostlosen Versuche des Grafen Westarp, die Reden Noskes und Scheidemanns gegeneinander auszuspielen, und einigen persönlichen Bemerkungen vertagte sich das Haus auf eine Woche.

*

Wilson will Frieden??

tu. Rotterdam, 27. Juni. Die Daily News melden aus Neuyork: In Washington herrscht die Ueberzeugung, daß infolge der österreichischen Niederlage (?) der Krieg an der Westfront bald beendet sein werde. Wilson sei fest entschlossen zur Durchsetzung seiner Idee eines Völkerbundes mit Deutschland als Mitglied. Mitglieder der Regierung seien sogar der Meinung, daß den Deutschen eine geeignete Grenze im Osten zugestanden werden müßte. Voraussetzung für dieses Entgegenkommen an Deutschland ist, daß die deutsche Militärautokratie aufhört. Wilson, so sagt der Korrespondent, sei fest entschlossen, ein Ende zu bereiten.

Wir werden vielleicht schon in den nächsten Tagen erfahren, daß die Meldung jeder Grundlage entbehrt. Das ist um so wahrscheinlicher, als von einer Niederlage der Oesterreicher an der Piave keine Rede sein kann.

Der Rumänenvertrag im Hauptausschuß.

Am Mittwoch wurde zunächst über den wirtschaftspolitischen Zusatzvertrag braten, wozu Ministerialdirektor Körner einige Erläuterungen gab. Der Zusatzvertrag ist zwischen Deutschland und Rumänien allein abgeschlossen worden und befriedigt alle berechtigten Wünsche. Der alte rumänische Handelsvertrag, unter dem sich die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder günstig entwickelt hatten, ist wieder in Kraft gesetzt; er läuft vorläufig bis 1903. Deutschland hat das Kabellegungsrecht an der ganzen rumänischen Küste erworben. Die am Eisernen Tor zu errichtende deutsche Werftanlage soll auch eine Reparaturwerkstatt für landwirtschaftliche Maschinen erhalten. Das Petroleumabkommen sichert uns die gesamte überschüssige Produktion sowie die Destillate. Oesterreich-Ungarn ist an diesen Abmachungen zum kleineren Teil beteiligt. Das Wirtschaftsabkommen sichert uns bis 1926 den gesamten Ueberschuß Rumäniens an landwirtschaftlichen Erzeugnissen jeder Art; Oesterreich-Ungarn ist daran ebenfalls beteiligt. Für die beiden ersten Jahre sind allerdings die Preise ziemlich hoch. Das Schiffahrtsabkommen sichert uns Vorteile in bezug auf Schiffsraum und Verladegelegenheit.

Gothein (Freis. Vp.): Die Wirkung des an sich günstigen Vertrags werde von seiner Durchführung abhängen. Leider mache Oesterreich-Ungarn der Durchfuhr allerhand unnötige Schwierigkeiten nicht nur zwischen Rumänien, sondern auch zwischen Deutschland und Bulgarien sowie der Türkei. Hier müsse das Auswärtige Amt einmal eingreifen. Der Vertreter der Regierung erklärt hierzu, es sei schwer festzustellen, ob die Klagen berechtigt wären. Umgekehrt klage Oesterreich-Ungarn, daß die Durchfuhr seiner eignen Waren nach und von Skandinavien und Holland erschwert werde. Dr. Pfleger (Zentr.) bespricht im Anschluß daran die Paßschwierigkeiten, die Oesterreich-Ungarn den Reichsdeutschen bereite und die zu unerträglichen Zuständen geführt hätten. Warmuth (D. Fr.): Die deutschen Behörden seien gegen Oesterreicher außerordentlich entgegenkommend, auf der Gegenseite sei man um so schroffer. Um diese Dinge müsse sich auch das Kriegsministerium bekümmern.

In der weiteren Besprechung wendet sich Dr. Rösicke (Kons.) gegen eine Anzahl Bestimmungen des deutsch-rumänischen Abkommens, darunter auch gegen seine lange Dauer. Die deutsche Landwirtschaft drohe dadurch stark geschädigt zu werden. Ministerialdirektor Körner polemisiert gegen Rösicke. Gothein meint, es liege kein Grund vor, eine große Wirtschaftsdebatte zu entfesseln; das Vorgehen Dr. Rösickes sei ganz unberechtigt.

Das Abkommen über die Werftanlagen in Jiurgiu und Turn-Severin wird nach kurzer Aussprache gutgeheißen. Bei der Besprechung des Petroleumabkommens erbittet Erzberger Auskunft darüber, wer im Besitze der Anteilscheine der deutschen Gesellschaften sei. Ein Vertreter der Regierung erwidert, die Gesellschaften seien genügend gebunden; es handle sich um bloße Erwerbsgesellschaften mit kleinem Kapital, die ihre Anteile vertragsgemäß zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung der Regierung stellen müßten. Noske: Der Petroleumvertrag sei wie die andern Verträge für uns zunächst nur eine Sicherheitsmaßnahme, die gutgeheißen werden könne im Hinblick auf die Gefahren, die Deutschland aus den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz drohen. Darum müsse man ihnen trotz mancher Bedenken zustimmen. Die Darlegungen der Regierung ließen noch die sichere Gewähr vermissen, daß sich nicht private Kapitalisten auf Grund dieser Verträge zu bereichern vermöchten. Daher sei es dringend zu wünschen, dem Reichstag vor dem endgültigen Abschluß der mit irgendwelchen Gesellschaften zu schließenden Abkommen Kenntnis zu geben. Ein Antrag Erzberger und Genossen verlangt die Gewährleistung einer ausreichenden Gewinnbeteiligung des Reiches bei der Petroleumausbeute. Staatssekretär v. Stein gibt über die dahingehenden Absichten vertrauliche Auskunft.

Noske und Genossen haben einen Antrag eingebracht, demgemäß alle mit Gesellschaften abzuschließenden Verträge dem Hauptausschuß vorher vorgelegt werden müssen. Graf Westarp hält es für gerechtfertigt, daß das Reich an dem Gewinn dieser Gesellschaften teilnimmt, doch müsse eine bureaukratische Verwaltung vermieden werden. Rumänien sei im Grunde viel zu gnädig behandelt worden. Dem widerspricht der Regierungsvertreter Dr. Herz. Staatssekretär Freiherr v. Stein widerspricht dem sozialdemokratischen Antrag, da er eine große Erschwerung bedeuten würde. v. Graefe (Kons.): Die Legende von der indirekten Kriegsentschädigung Rumäniens sei durch die heutige Aussprache zerstört worden. Der Antrag Noske könne nur in gemilderter Form angenommen werden. Noske bemerkt, daß nach den bestimmten Zusicherungen des Staatssekretärs, wonach alle Verträge zur Kenntnis des Reichstags gelangen sollten, der sozialdemokratische Antrag zurückgezogen werde.

Damit ist die Debatte geschlossen, der Ausschuß stimmt dem Gesamtabkommen über die Wirtschaftsbeziehungen zu.

Donnerstag wird weiterberaten.

Die Nürnberger Parteigenossen und der politische Massenstreik.

Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Nürnberg am Montag abend stand als 2. Punkt: „Die letzten Streikgerüchte und die Stellungnahme der Vorstandschaft hierzu". Genosse Treu bemerkte einleitend, es handle sich heute darum, ob die Mitgliedschaft mit den Maßnahmen, die das Bureau getroffen hat, einverstanden ist, oder ob sie glaubt, daß eine andere Haltung eingenommen werden sollte. Es waren schwere Entscheidungen zu treffen. Die Streikgerüchte sind zunächst vereinzelt aufgetaucht, und wir haben ihnen vorerst keine Bedeutung beigemessen, weil sie seit den Januarvorgängen wiederholt auftauchten, ohne daß etwas dahintersteckte. Da sich aber die Gerüchte in den letzten Tagen der vorigen Woche verdichteten und einzelne Vertrauensleute aus großen Betrieben berichteten, daß tatsächlich mit einem Streik zu rechnen sei, sahen wir uns veranlaßt, Stellung zu nehmen. Maßgebend waren die Beschlüsse des Parteiausschusses vom Ende Januar nach dem ersten Streik: daß in Zukunft ohne Wissen und Zustimmung der verantwortlichen Leitungen der Organisationen nichts mehr unternommen werden soll. Hinzu kommt, daß mit der Leitung der unabhängigen Partei vereinbart wurde, in Zukunft, wenn solche Kundgebungen wieder durchgeführt werden sollten, nur gemeinsam vorzugehen. Da von keiner Seite offiziell zu der Frage Stellung genommen worden war, glaubten wir zu der Warnung berechtigt zu sein, die am 14. Juni in der Fränkischen Tagespost veröffentlicht wurde. Es war für uns sehr schwer, diese Entscheidung zu treffen. Tritt man gegen die Gerüchte auf, so läuft man Gefahr, als Bremser bezeichnet zu werden, die die Aktion unterbinden wollen. Läßt man die Dinge treiben und kommt es zu größeren Arbeitseinstellungen, von denen man wohl weiß, wie sie angehen, aber nicht, wie sie ausgehen, so übernimmt man eine ungeheure Verantwortung gegenüber der gesamten Arbeiterschaft. Wenn aus solchen Unternehmungen hintennach große Unannehmlichkeiten für einzelne Personen oder für einen größeren Kreis entstehen, so werden die leitenden Personen verantwortlich gemacht, selbst wenn sie die Urheber nicht sind. Aus dem letzten Streik, der ohne unser Wissen entstanden ist, und dessen wir uns erst auf Verlangen der Parteigenossen angenommen haben, um ihn in geordnete Bahnen zu leiten und zu einem guten Abschluß zu bringen, sind für eine Reihe von Leuten Unannehmlichkeiten erwachsen. Die Leute kamen dann zu uns und erklärten, sie hätten nur mitgemacht, weil die Partei und die Gewerkschaften die Sache in die Hand genommen hatten. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse lassen es schließlich begreiflich erscheinen, wenn es zu einer Arbeitseinstellung kommt, aber mit einem Massenstreik für das preußische Wahlrecht kann man nicht in Nürnberg beginnen, sondern das wäre in erster Linie Aufgabe der preußischen Genossen. Die Vorbereitungen der Militärbehörde gegen den angeblich beabsichtigten Streik zeigen, wessen man sich zu versehen hat. Meines Erachtens waren diese Maßnahmen zurückzuführen auf eine Aufforderung, welche die Nürnberger Volkszeitung in Nr. 24 vom 29. Januar anläßlich des letzten Streiks an die Behörden ergehen ließ. Da hieß es:

Was tun die Behörden? Sie nehmen die Sache offenbar **von der leichten Seite.** Man glaubt, daß der ganze Rummel, so wie in Oesterreich und verschiedentlich auch bei uns, in zwei Tagen abflauen werde. In aller Frühe hat man schon die großen Tore des Rathauses zugemacht, nachmittags sah man keinen Schutzmann in der Stadt — es konnte also gar nichts passieren. Verschiedene Gruppen, voran immer ein lärmender Kinderhaufe, konnten ihre Täfelchen mit der Aufschrift „Frieden" ungeniert durch die Straßen tragen. Es hatte den Anschein, als ob die gemeindliche Gewalt schon halb kapituliert hätte, und man brauchte sich deshalb nicht zu wundern, wenn die Ausläufe nachmittags fast unerträglich wurden. Die Ansicht weiter Kreise der Bürgerschaft geht dahin, daß man bei solchen Gelegenheiten im Anfang **die Zügel nicht derart schleifen lassen soll,** denn diese Haltung **reizt zu Weiterungen,** und, was das Schlimmste ist, **zu Wiederholungen** an.

Der Wunsch des Zentrumsblattes ist erfüllt worden. Man hat nicht „die Zügel schleifen lassen", sondern die Kandare scharf angezogen. Um so notwendiger ist es, daß genau überlegt wird, welche Folgen ein Streikbeschluß haben kann. Wenn man die Konsequenzen auf sich nehmen will, so kann man ihn wagen, aber leichtfertig wäre es, wenn man die Arbeiter auf die Straße treiben wollte, ohne sich über alle etwaigen Folgen vollständig klar zu sein. Wir wollen nun hören, wie die Nürnberger Parteigenossenschaft über diese Dinge denkt. Wenn Sie mit unserer Haltung einverstanden sind, so bitte ich Sie, folgende Entschließung anzunehmen:

Die am 24. Juni 1918 in der Bäckerherberge tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins **billigt** die Haltung der Vorstandschaft anläßlich der letzten Streikgerüchte, insbesondere auch die öffentliche Erklärung, die am 14. Juni in der Fränkischen Tagespost erlassen wurde.

Ist auch die ganze politische und wirtschaftliche Situation derartig gelagert, daß eine allgemeine Arbeitseinstellung begreiflich wäre, so ist die Versammlung doch nach wie vor der Ueberzeugung, daß **so weittragende politische Aktionen, wenn sie praktischen und dauernden Erfolg** für die Arbeiterschaft bringen sollen, nicht ohne entsprechende Vorbereitung und infolgedessen **nicht ohne Wissen und Mitwirkung der zuständigen Organisationen** unternommen werden dürfen. Parolen oder Forderungen, die von unbekannten oder unverantwortlichen Personen ausgegeben werden, müssen daher unter allen Umständen unbeachtet bleiben, wenn nicht die schwersten Schädigungen für die gesamte Arbeiterklasse daraus erwachsen sollen. In diesem Sinne zu wirken ist Ehrenpflicht jedes einzelnen Arbeiters, dem das Wohl der gesamten Arbeiterklasse am Herzen liegt.

Schärfsten Protest erhebt die Versammlung gegen die bekannten **militärischen Maßnahmen,** die als unerhört bezeichnet werden müssen. Gleich wie im Stadtmagistrat erwarten die Versammelten auch von ihren Vertretern im Landtag und Reichstag, daß sie gegen eine solche Kriegsbereitschaft wider **das eigene Volk** mit aller Entschiedenheit Front machen und die zuständigen Regierungsstellen veranlassen, die **Bevölkerung vor einer solchen Militärdiktatur zu schützen.** Nicht Gasbomben und Maschinengewehre sind es, was heute das Volk braucht, sondern **Freiheit und Frieden.**

In der Diskussion erklärte Genosse Zwosta, in der Arbeiterschaft herrsche einhelliges Lob über die Worte, die Treu im Magistrat gefunden hat. Die Gerüchte **sind mehr von militärischer Seite,** als von Seite der Arbeiterschaft genährt worden, denn **die Soldaten wußten viel besser als die Arbeiter, daß es „am Montag losgeht".** Da jetzt in so trefflicher Weise gegen die Dinge Verwahrung eingelegt wurde, ist es besser, in Zukunft solche Gerüchte mit Stillschweigen zu übergehen.

Genosse Dr. Süßheim: Solche Vorbereitungen bilden nicht nur eine **Blamage für die Behörden,** sondern auch eine eminente **Gefahr. Maschinengewehre und Gasbomben,** die vorsorglich **gegen Arbeiter bereitgestellt** werden, können auch einmal **ungewollt** losgehen. So leicht wie Zwosta dürfen wir die Sache nicht nehmen. Ich bin schon der Meinung, daß der Protest gegen die militärischen Vorbereitungen unter allen Umständen bestehen bleibt. Sie sind eine **unerhörte Beleidigung der Arbeiterschaft,** die gerade durch ihr musterhaftes Verhalten während des letzten Streiks gezeigt hat, daß sie sich nicht aus der Fassung bringen läßt. Es gibt auch Leute, die **bewußt darauf hinarbeiten, die Arbeiter zu Putschen zu reizen,** um darauf Anschläge gegen die Freiheit der Arbeiter aufzubauen. Ich begrüße es ebenfalls mit Freuden, daß Treu im Magistrat in so scharfer Weise gegen die Maßnahmen Stellung genommen hat.

Genosse Schneppenhorst: Auch ich bin der Meinung, daß Treu in sehr geschickter und wirkungsvoller Weise eingegriffen hat. In dem Augenblick, wo in der Heimat auf die Arbeiter geschossen wird, bricht an der Front die militärische Begeisterung zusammen.

Genosse Joseph: Ich habe zwei Kinder, die die Schule besuchen und die mir am Donnerstag vor dem angeblichen Streik berichteten, daß sie **von ihrem Lehrer über den Streik und über die Maßnahmen, die getroffen seien für den Fall, daß geschossen werde,** belehrt wurden, wie sie **in die Keller** zu gehen hätten usw. Ein solches Verfahren ist **unerhört,** und man kann sich denken, welche Ausdehnung solche Gerüchte annehmen müssen, wenn Schulkinder von ihren Lehrern in solcher Weise belehrt werden.

Genosse Treu: Was Joseph jetzt sagt, ist uns neu. Auch über die Gerüchte, die **in den Fabriken** im Umlauf waren, sind wir nicht unterrichtet worden. Es wäre Aufgabe der Vertrauensleute, uns zu informieren. Hätte ich von solchen „Belehrungen" **der Lehrer** Kenntnis gehabt, so hätte ich nicht versäumt, auch hiergegen Stellung zu nehmen. Hätten wir nicht über die militärischen Vorbereitungen bessere Informationen gehabt als über die Streikgerüchte, so wäre es uns nicht möglich gewesen, im Magistrat so vorzugehen, wie es geschehen ist. Zu den Ausführungen Schneppenhorsts möchte ich bemerken, daß wir gar keine Veranlassung haben, der Militärbehörde zu sagen, was ihre Soldaten tun würden, ebensowenig, wie für uns Anlaß besteht, ihr zu sagen, was wir tun werden, wenn sie den Krieg im eigenen Lande entfesseln würde.

Die Entschließung wurde dann **einstimmig angenommen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180627-19/fragment/page=0001

Reichstag.

181. Sitzung, Mittwoch, den 26. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Hertling, v. Payer, v. Kühlmann, Wallraf.

Die Debatte über den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts wird fortgesetzt.

Abg. Hauß (Elf.)

führt Beschwerde über das Maulkorbverbot an den elsässischen Landtag; es ist entwürdigend, daß dem Landtag verboten wurde, über die Frage der reichsländischen Autonomie und andere Punkte zu sprechen. Der Landtag hat daraufhin beschlossen, überhaupt nicht öffentlich zu verhandeln und dies zur Kenntnis der Behörden gebracht. Aber auch die Veröffentlichung dieses Beschlusses sollte wiederum verboten werden. Der Reichskanzler muß der Umgehung und Außerkraftsetzung der reichsländischen Verfassung ein Ziel setzen und den militärischen Machthabern zum Bewußtsein bringen, daß ihre Gewalt begrenzt ist durch die Verfassung. Die militärischen Machthaber wollen die elsaß-lothringische Frage durch die Angliederung an Preußen lösen; das hat Ludendorff in einem Brief an elsässische Industrielle auch

als den Wunsch Hindenburgs

bezeichnet und den Briefempfängern geraten, diese Ansicht bei ihren politischen Freunden zu verbreiten. Das elsaß-lothringische Volk verlangt aber die Autonomie und der Reichskanzler muß diesem Volk die freie Aeußerung seiner Meinung ermöglichen. Die Kirchhofsruhe, die man jetzt in Elsaß-Lothringen erzwingt, mag den augenblicklichen Machthabern gefallen, sie muß sich aber einmal schwer rächen. (Bravo! bei den Elf.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Wallraf:

Elsaß-Lothringen wird vom Feinde als Kampfobjekt behandelt und kann jeden Augenblick Kampffeld werden. Daher ist jetzt nicht der Zeitpunkt, über die endgültige Gestaltung der Verfassung von Elsaß-Lothringen öffentlich zu verhandeln. — Die flämische Bewegung ist wert, auf deutscher Seite volles Verständnis und Würdigung zu finden. Der Abg. Haase hat für sie kein Verständnis, er würdigt das Ringen unterdrückter Völker für ihre Freiheit nur dann, wenn es mit den Interessen des Deutschen Reiches nicht verträglich ist. Für seine Beschimpfung der Führer der flämischen Bewegung ist ihm aus dem Hause mit Recht ein Pfui zugerufen worden. Wenn die Militärverwaltung in Litauen bei der Bevölkerung keine große Liebe gefunden hat, so muß man doch bedenken, daß die angeordneten Requisitionen dringend notwendig waren; solche Requisitionen aber sind nicht geeignet, Liebe und Vertrauen zu erwecken. Für den Verkehr in Litauen steht eine Neuordnung bevor, bei der sehr viele Beschränkungen fallen sollen. Dem Reichskommissar sowohl als mir ist es nicht um eine Vergewaltigung anderer Völker zu tun, sondern um ihre Sicherstellung unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes.

Abg. Noske (Soz.):

Auf die harten Anklagen aus Elsaß-Lothringen hat der Staatssekretär nichts zu antworten gewußt. Die Mißhandlung des elsässischen Landtages kann man auch gar nicht rechtfertigen. Auch die Maßnahmen in den besetzten Gebieten vermochte der Staatssekretär nicht zu rechtfertigen. Gewisse Härten sind natürlich nicht zu vermeiden, wohl aber Brutalitäten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitermassen verfolgen die Politik der Regierung mit starker Unzufriedenheit und wachsendem Groll. Der Kanzlerwechsel vollzog sich vor einem Jahre in Formen, die einen Fortschritt bedeuteten. Michaelis ging, weil er sich mit der Mehrheit des Reichstages nicht verständigen konnte, und Graf Hertling übernahm das Amt erst nach Verständigung mit der Mehrheit über ein Mindestprogramm. Die Durchführung dieses Programms geht aber sehr langsam vor sich. — Die Herabsetzung der Brotration mußte bei einem sehr beträchtlichen Teil der Bevölkerung eine sehr gereizte Stimmung hervorrufen. Die Wahlrechtsvorlage ist eingebracht und ich zweifle nicht, daß Graf Hertling und sein Vertreter mit ihr stehen und fallen wollen. Aber die Art, wie die Junker und große Teile des Zentrums mit ihr umzuspringen wagen, verwüstet den Rest an guter Stimmung und schadet dem Ansehen der Reichsregierung. Ich bedauere lebhaft, daß der Reichskanzler sich die fortgesetzten Provokationen der Krautjunker und Schlotjunker gefallen läßt und nicht zur Auflösung des preußischen Landtages schreitet. (Präsident Fehrenbach untersagt eine Kritik eines anderen Parlaments!) Der Kriegs- und Eroberungswille der Feinde besteht fort. Diese Tatsache allein veranlaßt meine Freunde, in manchen innerpolitischen Fragen Zurückhaltung zu üben. Die

Rede des Staatssekretärs Kühlmann

am Montag war ein neuer Versuch, den Friedenswillen der Staatsmänner zu erhöhen, und das billigen wir durchaus. Herr v. Kühlmann sagte, durch rein militärische Handlungen allein ist der Friede nicht zu erreichen. Diese Auffassung teilen meine Freunde durchaus und sie stimmt mit der Ansicht der großen Mehrheit des Reichstages überein, aus ihr heraus stammt die Resolution vom 19. Juli 1917. Die Mehrheit will einen Verständigungsfrieden und auch Graf Hertling hat sich ausdrücklich dazu bekannt. Graf Hertling und sein Vertreter saßen am Montag neben Herrn v. Kühlmann und hätten gegen ihn auftreten müssen, wenn sie seine Auffassung nicht geteilt hätten. Am Montag Abend erfolgte der Angriff des Grafen Westarp, und in der Presse setzte dann die Hetze ein: Junker, Schlotbarone, Kapitalisten, alles, was reaktionär und annexionistisch gesinnt ist, versuchte den Staatssekretär zur Strecke zu bringen. Meine Freunde sind der Meinung, daß Herr v. Kühlmann nur der Sack ist, auf den geschlagen wird, und der die Schläge weitergeben soll, es soll ihm die Regierung folgen, die Friedensziele verfolgt, welche den Leuten nicht passen. Wir haben in den letzten beiden Tagen den Eindruck gewonnen, daß es wieder einmal

um eine Kraftprobe

geht. Gewisse Schichten der Kapitalisten wollen die Regierung beseitigen, die ihnen nicht großsprecherisch genug auftritt, und von der sie einen Frieden befürchten, der ihnen nicht genug Beute bringt. Das sind dieselben Leute, die in der Prinz-Albrecht-Straße dem Volke die politische Gleichberechtigung versagen. Der Vorstoß der annexionistischen Presse gegen Herrn v. Kühlmann fand zu unserem Befremden auch die nachdrücklichste Unterstützung der Militärzensur. In der Pressekonferenz wurde gerügt, daß der „Vorwärts" aus Kühlmanns Rede die Berechtigung zu der Ueberschrift nahm: Kein Kriegsende durch militärische Entscheidung Es widerspräche das der tatsächlichen Lage und die Verbreitung dieser Auffassung störe die Zuversicht in den Sieg und belebe den Widerstand im feindlichen Lager. Die Oberste Heeresleitung glaube an einen siegreichen Ausgang durch militärische Erfolge.

Eine andere Auffassung dürfe nicht verbreitet werden.

Von Vertrauen in die Mündigkeit des deutschen Volkes ist in dieser Zensurverfügung nichts zu spüren. Vollkommen freie Bahn dagegen hat die annexionistische Presse, die mit wütendem Gekläff hinter dem Staatssekretär her ist. — Was der Reichskanzler über die Aufnahme seiner Friedensbereitschaft bei den Feinden sagte, ist unanfechtbar. Die „Deutsche Zeitung" hat die Auffassung, er habe den Staatssekretär abgeschüttelt. Ausgerechnet die „Deutsche Zeitung" spendet ihm dafür Lob. „Der Wortlaut der Rede des Grafen Hertling läßt nach meiner Ueberzeugung diese Deutung nicht zu. Auch die gestrige Rede des Herrn v. Kühlmann bedeutet nach ihrem Wortlaut nicht eine Unterwerfung unter die Konservativen und ihre Freunde. Aber Freude haben und meine Freunde nicht daran gehabt. Herr v. Kühlmann sollte doch daran denken, daß die beste Verteidigung der Hieb ist. Es ist jetzt nicht an der Zeit, den Gegensatz zwischen der Regierung und den Annexionisten kleiner erscheinen zu lassen als er ist, die Regierung sollte ihn vielmehr scharf hervorheben. Damit werde sie dem Frieden am besten dienen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch in dem Hauptquartier sollten sich die leitenden Stellen darüber klar sein, daß sie auf den guten Willen und das Vertrauen der Volksmassen unbedingt angewiesen sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich am Montag wieder einmal darum:

für oder gegen den Verständigungsfrieden.

Die Annexionisten verrechnen sich, wenn sie glauben, das Volk für ihre selbstsüchtigen Pläne mißbrauchen zu können. Schon am Montag hätte dem konservativen Redner nachdrücklich entgegengetreten werden müssen und ebenso den gestern gehörten großsprecherischen Tiraden. Ich habe nie Maumacherei getrieben, denn ich glaubte, wir könnten uns bei unserer Lage solchen Luxus nicht leisten. Aber Kraftprotzereien wirken hüben wie drüben widerlich. Her Stresemann sagte gestern, er glaube an den Erfolg des Schwertes. Vor Jahresfrist fragte er den Grafen Westarp, ob er es wagen würde, einen Frieden auf Grund des Statusquo abzulehnen, wenn die Gegner ihn anbieten. Er hat übrigens die nationalliberale Politik vom 19. Juli 1917 desavouiert, denn damals führte der Prinz zu Schönaich-Carolath bei Begründung der nationalliberalen Resolution aus: „Auch heute noch bekennen wir uns zu dem Satz der Thronrede vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungslust treibt". Und er sagte weiter: „Wir sind damit einverstanden, auf dieser Grundlage über den Abschluß eines Friedens zu verhandeln, der dem deutschen Volke das Dasein und die Entwicklungsmöglichkeit gewährt und eine dauernde Versöhnung der Völker ermöglicht". Stresemann dagegen glaubt noch an den alleinigen Erfolg des Schwertes. Man kann vielleicht Frankreich zerschlagen und England vom Festlande verdrängen, aber dann sind immer noch ein Dutzend Feinde jenseits der Meere vorhanden. Deshalb halten wir dies Geschrei nach völligem Sieg für eine Krafmeierei, die nur dem Feinde Anlaß gibt, von deutschem Weltherrschaftsstreben zu reden. Natürlich wollen wir den Sieg, solange wir den Frieden nicht haben können. Aber wir sind jederzeit zu einer ehrlichen Verstnädigung der Völker bereit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dafür hat sich auch der Reichskanzler eingesetzt. Wir halten es im Augenblick auch für unnötig, über die Schulfrage zu sprechen. Wir verurteilen jede Art von Moralfexerei, die darauf hinausläuft, unser eigenes Volk als das besonders auserwählte zu betrachten, ganz gleich von wem solche Ruhmredigkeit und solche Lobhudelei ausgeht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde haben mich beauftragt, offen auszusprechen: der Kaiser redet und telegraphiert in letzter Zeit häufiger. Uns erschien seine Zurückhaltung in den letzten Jahren sehr viel zweckdienlicher. (Lebhafte Zustimmung links.) In der

Antwort an Feldmarschall Hindenburg

bei Gelegenheit seines Regierungsjubiläums hat der Kaiser gesagt, es handle sich in diesem Weltkriege um den Kampf zwischen der preußisch-deutsch-germanischen Weltanschauung, die Freiheit, Ehre und Sitte hoch hält und dem angelsächsischen Götzendienst des Geldes. Die Zensur des Oberkommandos in den Marken hat in diesem Falle ausnahmsweise einmal ein richtiges Gefühl gehabt, was die politische Situation gebietet. Sie hat verfügt, daß aus dem Ausland stammende Betrachtungen über diese Rede des Kaisers der Vorzensur unterliegen. (Hört! hört!) Man hat allerdings einiges Interesse daran, dem deutschen Volke vorzuenthalten, wie das Urteil sehr breiter Kreise des Auslandes über diese Kaiserrede gelautet hat. Es ist sehr wenig liebenswürdig und schmeichelhaft gewesen. (Zuruf rechts.) So ganz gleichgültig kann es dem deutschen Volk doch wirklich nicht sein, wie die Welt über uns und das deutsche Reich überhaupt denkt. (Sehr richtig! links.) Götzendienst vor dem Gelde ist in Deutschland genau so vorhanden gewesen wie in anderen Ländern, und es heißt, die Augen vor Tatsachen verschließen, wenn man verkennen wollte, daß während des Krieges bei uns ein ganz toller Kampf um das goldene Kalb zu beobachten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade die Leute, die am lautesten nach der Fortsetzung des Krieges und nach großen Kriegsentschädigungen schreien, beteiligen sich in erster Linie an diesem Götzendienst. Die Hauptfrage ist jetzt nicht, wer die Schuld am Kriege trägt, sondern wer

Schuld an der Fortsetzung des Krieges

hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Formel der russischen Revolution ausgesprochen: keine Annexion, keine Kriegskontribution. Es mag sein, daß sie dabei irgendwelche Hintergedanken gehabt hat, das kann ich nicht wissen. Tatsache ist, daß die Ententeregierung ohne jede Einschränkung die Einladung der russischen Republik zum Friedenskongreß abgelehnt haben, und auf dem Pariser Kongreß die Fortsetzung des Kampfes mit äußerster Kraftanstrengung verkündet hat. Sie verfuhren auch danach und Deutschland mußte sich wehren. Zum Glück ist das erfolgreich geschehen. Darüber sind die Arbeitermassen durchaus froh, und sie haben allen Anlaß dazu. Es ist geradezu närrisch, davon zu sprechen, das Heer schütze nur die Besitzenden. Unter einer feindlichen Invasion, unter einer Niederlage haben die Proletarier überall am meisten zu leiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An der Friedensresolution des Reichstags ist viel Kritik geübt worden, auch von Freunden der Verständigung. Ich versteige mich nicht darauf, daß dieser Beschluß ein Ideal darstellt, aber es war doch ein Fortschritt, daß die Reichstagsmehrheit sich auf Richtlinien für eine Verständigung einigte, denen sich die Regierung anschloß. Täten die Parlamente Englands, Frankreichs und Italiens dasselbe, so könnte man versuchen, einander näher zu kommen. Es ist überaus schmerzlich, daß das Echo auf diese deutsche Erklärung ausgeblieben ist. 11 Monate nach dem Beschluß des Deutschen Reichstages hat vor wenigen Tagen die englische Volksvertretung einen Antrag Morell abgelehnt, der die Regierung aufforderte, keine diplomatische Gelegenheit vorübergehen zu lassen, die Möglichkeit einer Verständigung zu prüfen. Daher stellen die deutschen Angriffe an der Front im wahrsten Sinne des Wortes eine Friedensoffensive dar, indem sie bezwecken, den Kriegswillen der Entente zu zermürben.

Aber das genügt nicht.

Durch klare, unzweideutige deutsche Politik muß der Friedenswille aller Völker gefördert werden. Wir wiederholen heute auf das dringendste den Wunsch, daß die deutsche Regierung ihre Kriegsziele — auch in bezug auf Belgien — so klar und ehrlich wie nur denkbar ausspricht. (Sehr gut! bei den Soz.) Dabei verkennen wir nicht, daß mit Monologe nin Berlin allein nicht weiterzukommen ist. England und Frankreich besitzen in deutschen und türkischen Gebieten noch Faustpfänder in reicher Zahl. Bisher ist jede englische Erklärung unterblieben, daß der Wiederherstellung Belgiens und der Räumung Frankreichs Zug um Zug die Herausgabe aller deutschen Kolonien und die Räumung der besetzten türkischen Gebiete folgen wird. Dagegen hat Balfour erklärt, daß England sich nicht auf die belgischen Wünsche beschränke. Mit dieser Orakelsprache der Staatsmänner ist nicht weiterzukommen. Deshalb hätte die deutsche Regierung die Aussprache über die auswärtige Politik mit einer klaren Erklärung beginnen sollen. Niemand wird von der deutschen Regierung fordern, daß sie Trümpfe vorzeitig aus der Hand gebe, aber es kann wirklich der Wirkung nach außen wegen ganz unzweideutig gesagt werden,

daß Belgien und Nordfrankreich freigegeben wird, daß wir auf Eroberungen verzichten und die Freiheit der Meere verlangen.

Eine solche ganz unzweideutige Erklärung würde sicher dem Frieden dienen. Wir wünschen auch, daß die Arbeiter aller Länder sich endlich zu gemeinsamer Friedensarbeit zusammenfinden. Wir sind zu jeder solchen Aktion bereit. Bisher aber haben die Arbeiterparteien Englands und Frankreichs ein solches Zusammenarbeiten mit Vertretern deutscher Arbeiter abgelehnt. Ich zweifle nicht daran, daß, wenn es erst einmal zwischen Arbeitervertretern aller Länder zum mündlichen Gedankenaustausch kommt, man zu einer Verständigung über die großen Streitfragen, die jetzt die Völker trennen, kommen wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir begrüßen es mit Freuden, daß die französische sozialistische Presse jetzt die Friedensmöglichkeiten nachdrücklich erörtert. Nach unserer Ueberzeugung ist es Wahnsinn, vom Frieden erst dann sprechen zu wollen, wenn eine der beiden ringenden Mächtegruppen niedergezwungen ist. Auf Kampfesansagen und feindliche Vernichtungsdrohungen muß natürlich weiter mit starken Schlägen geantwortet werden. Darüber sind wir alle einig: das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen. (Lebhafter Beifall.) Aber wir wollen die militärische Tat verbunden sehen mit einer Politik größter, ehrlicher, weitgehendster Offenheit. Beides zusammen wird den gegnerischen Kriegswillen überwinden und die Menschheit hinausbringen aus den Greueln der letzten Jahre zu Frieden und Freiheit. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. v. Richthofen (Natl.): Als überzeugter Anhänger der preußischen Wahlreform bedaure ich, daß diese für Deutschland so wichtige Frage noch nicht gelöst ist. Herrn Noske, der ausgeführt hat, daß in unserer Partei Geldsackinteressen maßgebend seien, frage ich, wer denn das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus am nachdrücklichsten vertreten hat? Das war Dr. Friedberg. Uebrigens muß ich als Gegner Dr. Lohmanns feststellen, daß bei diesem niemals finanzielle Gründe maßgebend sein können. Zu der Polemik Noskes gegen Dr. Stresemann sage ich nur, daß wir ohne Siegeswillen den Krieg nicht führen und nicht zum Frieden kommen könnten. (Beifall.)

Abg. Dr. Graf v. Posadowsky (D. F.): Die Bedenken gegen die erste Rede v. Kühlmanns teile ich. Es gibt Gedanken, die man zwar im engen Kreise, nicht aber im Reichstage öffentlich aussprechen kann. Dagegen bin auch ich der Meinung, daß Rußland den Krieg entfesselt hat, um aus den wachsenden innern Schwierigkeiten einen Ausweg zu finden. Unzweifelhaft hat die Machtpolitik Frankreich in die Arme des größten Flottenstaats geführt. So kam es zu der von uns seit vier Jahren mit Staunen und Schaudern gesehenen Skandalisierung Europas. Eine französische Regierung, die bei einem deutsch-russischen Krieg neutral geblieben wäre, hätte die nächsten 24 Stunden nicht überlebt. Amerika ist nie neutral gewesen. Uebrigens ist auf der Haager Konferenz, wenn ich nicht irre, ein Antrag gegen neutrale Waffenlieferungen an Kriegführende an unserem Widerspruch gescheitert. Auf die schändlichen Verleumdungen, mit denen überall gegen uns gearbeitet wurde, hätte immer wieder geantwortet werden müssen, statt zu schweigen, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen. Im Osten dürfen wir nicht den Anschein erwecken, als ob sich die staatliche Entwicklung der Randstaaten nach unserem Rezept vollzöge. Natürlich muß der Krieg schließlich einmal durch Verhandlungen abgeschlossen werden. (Bravo!)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die Rede Noskes war eine aufreizende Agitationsrede ersten Ranges. Sie hat vor allem bewiesen, daß das Programm, auf das sich Herr v. Hertling bei seinem Regierungsantritt festgelegt hat, verfehlt war. Wir bekämpfen mit Herrn v. Kühlmann die Reste der Friedensresolution, wobei es sich versteht, daß wir der Betonung des Siegeswillens durch den Reichskanzler zustimmen. Der Abg. Erzberger begründete die Resolution seinerzeit damit, daß eine Veränderung der militärischen Lage nicht zu erwarten wäre. Mit dieser Voraussetzung, die eine irrige war, ist die ganze Friedensresolution hinfällig geworden. (Bravo! rechts.)

Abg Haase (U. Soz.): Dem Kriegsende sind wir keinen Schritt näher gekommen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Das Generalkommando hat einen Zensurerlaß verfügt, wonach eine Debatte darüber, daß eine militärische Entscheidung von den Waffen allein nicht zu erwarten ist, geeignet sei, die militärische Sicherheit zu gefährden. (Hört, hört!) Man ist also glücklich soweit, daß die Militärdiktatur sogar die Politik des Ministers des Auswärtigen durchkreuzt. Die Militärdiktatur herrscht, sie unterdrückt alles, was ihr nicht paßt, auch einen Minister. Herr Noske erklärte sich mit Herrn v. Kühlmann und Hertling einverstanden. Auch Graf Westarp hat sich mit Herrn v. Hertling solidarisch erklärt. Das ist auch kein Wunder, denn auch heute hat Herr Noske wieder in die Durchhalteposaune gestoßen. Meine Aeußerungen über den Rat von Flandern konnte der Staatssekretär kritisieren. Wenn er mir aber ein Pfui zuruft, wozu nur Abgeordnete berechtigt wären, so ist das eine Anmaßung. (Zustimmung b. d. U. Soz.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Graf Westarp und v. Richthofen haben sich gegen Noske gewendet, weil sie angenommen haben, Noske hätte denjenigen, die im preußischen Abgeordnetenhause und hier eine der unserigen entgegengesetzte Politik vertreten, ganz besonders in der Wahlrechts- und Friedensfrage, unterstellt, daß sie diese Politik aus persönlichen Geldsackinteressen trieben. Davon war gar keine Rede und das ist Noske gar nicht eingefallen. Er wollte zum Ausdruck bringen, daß die Betreffenden ihre Politik aus ganz bestimmten Klasseninteressen treiben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Graf Westarp hat weiter zu erkennen gegeben, daß die Politik der Sozialdemokratie ihm nicht gefalle. Das verstehen wir vollkommen, denn diese Politik hat der infamen Verleumdung, mit der man immer gegen uns gearbeitet hat, die Spitze abgebrochen, nämlich der Verleumdung, daß die sozialdemokratische Partei sich zusammensetze aus vaterlandslosen Gesellen und kein Interesse an der Verteidigung ihrer eigenen Heimat habe. Das war in der Tat ein sehr bequemes Kampfmittel und ich verstehe es vollkommen, daß unsere Politik dem Grafen Westarp unbequem ist. (Sehr gut! b. d. Soz.) Dann hat Graf Westarp einen sehr beliebten Trick angewendet, auf den auch der Abg. Haase so reagiert hat, wie ich es als ganz selbstverständlich vorausgesehen habe. Graf Westarp hat sich mit dem Reichskanzler einverstanden erklärt. Das war natürlich dazu bestimmt, die Linke, die in bestimmten vereinbarten Programmpunkten mit der Regierung zusammen geht, in Verlegenheit zu setzen. Von dem allgemein bekannten Programm, auf dessen Boden der Reichskanzler und wir stehen, ist er gestern im Grunde nicht abgewichen. (Zustimmung. — Rufe b. d. U. Soz.: Eigentlich!) Graf Westarp ist einverstanden mit den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Der Reichskanzler hat das unterstrichen, was der Staatssekretär vorgestern gesagt hat, und das war das, was auch die Friedensresolution sagte, auf die sich auch der Kanzler bei der Uebernahme seines Amtes verpflichtet hat. Der Reichskanzler ist auch nicht von seinem Vorgänger oder zweiten Amtsvorgänger abgewichen, der hier erklärt hat, daß nie daran gedacht sei, Belgien zu annektieren. Wir verlangten klar und deutlich zu sagen, daß wir bereit sind, einen Frieden zu schließen auf dem Boden des Status quo. Das alles war schon damals erörtert worden. Die Regierung muß vor allem dafür sorgen, daß das Volk nicht erschüttert wird in dem Glauben, die Regierung werde jeden Augenblick einen Frieden der Verständigung schließen, wenn sie die Gelegenheit dazu hat. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Graf Posadowsky bezweifelte, daß die Friedensresolution des Reichstags nach innen und außen Wirkungen gehabt habe. Wie glauben Sie wohl, wie es heute in England aussehen würde, wenn die Resolution damals nicht angenommen worden wäre. Die Stimmung ist zum Frieden geneigt in England wie in Frankreich. Die pazifistische Strömung dort ist ganz unverkennbar; das geht aus zahllosen Anzeichen hervor. Deshalb müssen wir klar zum Ausdruck bringen, daß die große Mehrheit des Reichstages bereit ist, jeden Tag in Friedensverhandlungen einzutreten und einen Frieden abzuschließen, der das, was wir als Voraussetzung für einen Frieden oft genug auseinandergesetzt haben, dem Deutschen Reiche sichert. Das ist auch von den Rednern der Mehrheitsparteien hier zum Ausdruck gebracht worden. Wenn von denen, die unsere Politik mißbilligen, behauptet wird, das Ausland sähe darin ein Zeichen der Schwäche, so muß man das andere Bekenntnis hinzufügen: Wenn die Regierung, wenn der Reichstag, wenn alles, was in Deutschland irgend etwas zu sagen hat, bereit ist zu einem Friedensschluß auf verständiger Grundlage, dann kann man dem auch hinzufügen, daß die Gegner nicht von uns verlangen sollen, namentlich nicht von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie das an Deutschland tun soll, was die englischen und französischen Generale bisher nicht fertig gebracht haben. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Das Verhältnis der Rede des Abg. Scheidemann zu der des Abg. Noske erinnert mich etwas an den Vorgang mit der Rede des Reichskanzlers nach der des Staats-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180627-19/fragment/page=0002

sekretärs v. Kühlmann. (Lachen b. d. Soz.) Ich hatte die Rede des Abg. Noske als ziemlich heftigen Vorstoß gegen den Reichskanzler aufgefaßt, von Herrn Scheidemann sind wir nun eines anderen belehrt worden. Herr Scheidemann hat ausgeführt, daß die Rede des Reichskanzlers, wie er sie auffasse, durchaus auf dem Boden der Friedensresolution gestanden hat. Ich könnte versuchen, das Gegenteil nachzuweisen, will mich aber an diesem anmutigen Gesellschaftsspiel nicht beteiligen. Wir bleiben dabei, daß die Entwicklung der Dinge unseren Ruf: Los von der Friedensresolution! als berechtigt erwiesen hat. Daraus folgern wir, daß der Reichskanzler sich von dieser Politik der Friedensresolution, die wir für schädlich halten, loslösen wird.

Präsident Fehrenbach: Die Diskussion ist geschlossen.

Der Etat des Reichskanzlers und Auswärtigen Amts wird bewilligt; ebenso debattelos eine Reihe kleiner Etats und das Etatgesetz.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Mittwoch, 3. Juli, nachmittags 2 Uhr. (3. Lesung des Etats in Verbindung mit der zweiten Lesung des rumänischen Friedensvertrags.) — Schluß: 6¼ Uhr.

Arbeitskammern.

In der Sitzung am Dienstag nahm der 34. Reichstagsausschuß die Weiterberatung des Antrags auf, der Fachkammern zulassen will, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht. Dazu beantragen mehrere Abgeordnete den Zusatz „sofern die Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich für die Errichtung erklären.“ Der Zusatzantrag wurde mit 14 gegen 13 Stimmen und dann der so geänderte Antrag über Fachkammern bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Nunmehr begründet Abg. Hasenzahl (Soz.) die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in das Gesetz. Mit der rechtlichen Gleichstellung der Landarbeiter würde dem Interesse der Landwirtschaft, aber auch unserer Volksernährung gleichzeitig genützt. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft, vor allem die durch veraltete Landesgesetze aufrechterhaltene Recht- und Schutzlosigkeit des Landarbeiters verlangen überdies gebieterisch die Einbeziehung, die die Vorlage nicht bringt; anstatt Ausnahmebestimmungen aufzuheben, werde eine neue geschaffen. Nur so sei die Absicht zu kennzeichnen, die Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern auf ein totes Gleis zu setzen. Alle Eingaben der Landarbeiterverbände, namentlich die des Zentralverbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, begründen die Notwendigkeit auf Einbeziehung in die Arbeitskammern. Immer stärker überwiege das Bedürfnis nach Wahrnehmung reiner Arbeitnehmerinteressen. Da zahlreiche Landarbeiter im Winter auf eine städtische bzw. gewerbliche Beschäftigung angewiesen sind, sei es aus alledem notwendig, sie in die Arbeitskammern einzubeziehen. Inzwischen lief vom Zentrum und den Nationalliberalen ein Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, im Reichstage einen besonderen Gesetzentwurf einzubringen.

Abg. Weinhausen (Vp.) befürwortet die sofortige Einbeziehung und Schaffung besonderer Fachkammern. Staatssekretär v. Stein anerkennt, daß auch den Landarbeitern Gelegenheit zu verschaffen ist, innerhalb einer gesetzlichen Vertretung neben den Arbeitgebern an den Fragen mitzuwirken, die für sie von Interesse sind. Aber alle Fragen der Landwirtschaft sind Angelegenheiten der Einzelstaaten, die bereits in Vorarbeiten eingetreten sind. Es bestehe z. B. häufig keine Grenze zwischen Kleinbauer und Landarbeiter, die vielfach wiederum nur als Gesinde beschäftigt sind. Ein preußischer Regierungsvertreter preist das Zusammenarbeiten der Landarbeiter mit anderen Sachverständigen der Landwirtschaft — in den Landwirtschaftskammern. Abg. Behrens (Dtsch. Fr.) lehnte diese Lösung scharf ab; bezeichnend sei, daß zwar alle sonstigen Beteiligten von der preußischen Regierung gehört seien, nicht aber die Landarbeiter und deren Verbände. Was zu erwarten sei, zeigen die bayerischen Absichten; danach sollen bei den Landwirtschaftskammern „höchstens ein Fünftel der Vertretersitze“ für Arbeiter in Betracht kommen. Die Vertreter sollen nicht gewählt, sondern nur für eine Präsentationsliste gewählt werden. Abg. Hitze (Z.) hat keine Sympathie für die preußisch-bayerische Lösung. Wohl sei ein Sondergesetz erwünscht, aber durch das Reich. Die Einbeziehung der Landarbeiter in das vorliegende Gesetz bedeute für dasselbe eine neue Klippe. Abg. Brandes (U. S.) hält den Antrag Hitze für eine überflüssige Verschleppung. Abg. Giebel (Soz.) erklärt ihn angesichts der preußischen Absichten für äußerst gefährlich, weil dieser Antrag dem Reichstage auf absehbare Zeit die Gelegenheit nimmt, zugunsten der ländlichen Arbeiter zu handeln. Die preußische Absicht sei, den Jammer der Kleinbauern und Landarbeiter zu festigen. Nur vollwertige Arbeitskammern können den ländlichen Arbeitern nützen, die natürlich auch für das geknebelte Gesinde zuständig zu machen sind. Abg. Dr. Wildgrube (Kons.) bekundete seine volle Zufriedenheit über die Absichten der preußischen Regierung.

In der Sitzung am Mittwoch ist die Beratung über die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu Ende geführt worden. Ein Antrag des Abg. Weinbaum (Freis. Vp.) verlangt, daß im Falle der Einbeziehung der Landarbeiter für sie und die Arbeitgeber Fachkammern zu bilden sind. Dieser Antrag wurde bei drei Stimmenthaltungen angenommen, und daraufhin wurde mit 19 gegen 6 (3 konservative und 3 Zentrumsstimmen) beschlossen, daß in dieser Weise die Landarbeiter in das Arbeitskammergesetz einzubeziehen sind.

Oesterreichischer Heeresbericht.

wtb. Wien, 27. Juni. Amtlich wird verlautbart:

An den Kampffronten westlich der Etsch war die Gefechtstätigkeit in den letzten Tagen wieder lebhafter. Auf dem Zugna-Rücken schlugen wir starke, durch heftiges Geschützfeuer eingeleitete Vorstöße unter schweren Feindverlusten ab. Auf der Hochfläche von Asiago und zwischen Brenta und Piave verlief der gestrige Tag wesentlich ruhiger. Das erbitterte Ringen vom 20. hat für die Italiener mit einem vollen Mißerfolg geendet, der am klarsten dadurch in die Erscheinung trat, daß in den meistumstrittenen Kampfgebieten, auf dem Asolone und dem Monte Pertica unsere den Feind verfolgenden Abteilungen beträchtliche Abschnitte seiner vordersten Linie in Besitz nahmen. So sind demnach, dank der Tapferkeit und dem herzhaften Zugreifen unserer in ungebrochener Kampfkraft fechtenden Truppen, alle italienischen Anstrengungen, das am 15. d. M. eingebüßte Gelände zurückzuerobern, blutig gescheitert.

Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls von Bersevic keine besonderen Ereignisse. Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg zur See.

wtb. Berlin, 26. Juni. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch unsere Unterseeboote wiederum sechzehntausend Brutto-Register-Tonnen feindlichen Handelsschiffsraums vernichtet. Zwei Dampfer wurden im Westausgang des Kanals aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zur Lage in Rußland.

Der bolschewistische Wahlsieg in Petersburg.

Der Vorwärts bringt folgende Drahtmeldung aus Stockholm: Die Petersburger Sowjetwahl wurde als Kraftprobe der sozialistischen Opposition gegen die Bolschewiki angesehen. Gorkis Nowaja Schisn schrieb, daß ein Abgrund zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft liege. Darum wirkt der Sieg der Bolschewiki in den Putilow-Werken überraschend. Die Bolschewiki erlangten 119 Mandate, die Menschewiki 1, die Linkssozial-Revolutionäre 9, die Kadetten 4. Die Erbitterung des Parteienkampfes äußerte sich in terroristischen Methoden. Der Volkskommissar Woldarsky vom Justizdepartement wurde ermordet, vermutlich wegen der Rolle, die er bei den Preßmaßnahmen der Regierung spielte.

Nach einer Moskauer Meldung ist das bisherige Ergebnis der Wahlen in Petersburg folgendes: 122 Bolschewiken, 9 linke Sozial-Revolutionäre und 1 Oboronez.

•

Stockholm, 26. Juni. Wie Svenska Dagbladet aus Moskau erfährt, bestätigt die englische Gesandtschaft in Moskau, daß England ein bewaffnetes Eingreifen in Rußland beschlossen hat.

Iswestija erklärt, selbst wenn die Japaner und Engländer den Kampf gegen die Deutschen auf russischem Boden aufnähmen, könne Rußland doch nicht eine neue Front gegen Deutschland bilden.

Moskau, 24. Juni. Nach Meldung der Presse soll sich der entflohene Großfürst Michael Alexandrowitsch an die Spitze der neuen sibirischen Regierung gestellt und ein Manifest an das russische Volk erlassen haben.

Die Zarenfamilie soll nach Perm überführt worden sein. Der Verbleib des früheren Zaren selbst ist nach den Nachrichten der Zeitungen unbekannt.

London, 25. Juni. Reuter erfährt von maßgebender japanischer Seite, daß an dem Berichte, die Entscheidung über die Intervention in Sibirien sei getroffen, kein wahres Wort sei.

Kristiania, 26. Juni. Aus Washington wird gemeldet, daß sich antibolschewistische und andere Elemente zusammengeschlossen haben, um die jetzige russische Regierung zu stürzen. Man erwartet, daß Rußland dann in die Hände solcher Leute kommt, die die Wiedererhebung des Landes mit Hilfe der Entente vorbereiten würden. In erster Linie steht die Behauptung, daß Amerika für diesen Zweck gern Truppen über den Stillen Ozean senden würde; was ebenso schnell, aber gefahrloser vor sich gehen würde, als über den Atlantischen Ozean. Es ist deutlich erkennbar, daß die Entente den Wunsch hegt, Rußland durch Vernichtung der revolutionären Erfolge wieder zum Kanonenfutter der Entente heranzuziehen.

Zürich, 26. Juni. Die Neue Zürch. Ztg. erfährt aus Helsingfors: Rußland habe soeben seine Grenze nach Finnland aus unbekannter Ursache und auf unbestimmte Zeit gesperrt.

Zürich, 26. Juni. Nach der Petersburger Telegraphen-Agentur teilte Trozki mit, daß der tschecho-slowakische Aufruhr infolge der Unterstützung der russischen Gegenrevolutionäre immer größern Umfang annehme. Die Tschechen haben mindestens 10 große Städte im Osten Rußlands besetzt; darunter Samara, Nowo Nikolajew, Omsk und bedrohen Tobolsk. Sie üben ein Schreckensregiment aus und nehmen vielfach Hinrichtungen der Sowjetbehörden vor. Sie handeln im Einverständnis mit den Gegenrevolutionären der russischen Weißen Garden.

Deutscher Heeresbericht vom 26. Juni.

wtb. Großes Hauptquartier, 26. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich der Scarpe griff der Engländer gestern früh mit mehreren Kompagnien in breiten Abschnitten an. Bei Feuchy und Neuville-Vitasse wurde er im Gegenstoß zurückgeworfen. In den Nachbarabschnitten scheiterten seine Vorstöße in unserem Feuer.

Am Abend lebte die Artillerietätigkeit fast an der ganzen Front auf. Zwischen Arras und Albert und beiderseits der Somme blieb sie auch während der Nacht lebhaft. Mehrfach stieß der Feind zu starken Erkundungen vor, er wurde abgewiesen und ließ Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Avre und Marne zeitweilig auflebende Gefechtstätigkeit. Westlich der Oise erbeuteten wir in Vorfeldkämpfen französische Maschinengewehre. Ein feindlicher Teilangriff nordwestlich von Chateau-Thierry wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nördlich vom Rhein—Marne-Kanal drang bayrische Landwehr in französische Stellungen nordwestlich von Bures ein und brachte zwei Offiziere und vierzig Mann gefangen zurück.

Aus einem feindlichen Geschwader, das am 24. Juni östlich von Soissons bis zur Aisne zum Bombenabwurf vordrang, wurden fünf Flugzeuge abgeschossen.

Gestern wurden zwölf feindliche Flugzeuge und drei Fesselballone zum Absturz gebracht.

Leutnant Udet errang seinen 33., 34. und 35., Leutnant Kirschstein seinen 27., Leutnant Rumey seinen 24., Leutnant Veltjens seinen 23. und Leutnant Billik seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen.

Kiew, 28. Juni. In den ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen ist Uebereinstimmung über den Grundsatz für die Grenzen dahin erzielt worden, alle nach Friedensschluß entstehenden Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht zu schlichten. Beide Delegationen sind bereit, bei der Grenzfestsetzung jeden Gedanken an Annexionen und Vergewaltigungen auszuschließen, daher ist unter Berücksichtigung politischer, wirtschaftlicher und sonstiger Interessen der Völker als Ganzes das ethnographische Prinzip für die Grenzfestsetzung maßgebend. Nur in einzelnen, im Friedensvertrage besonders aufzuführenden strittigen Gebieten soll zu einer unbeeinflußten Befragung der Bevölkerung geschritten werden. Der frühere Kommissar für das Cholmer Gebiet Skoropis Joltuchowski ist jetzt zum Gouvernementsstaroszta von Cholm ernannt; im Dongebiet wird der Landwirtschaftsrat unter Zuziehung zahlreicher Vertreter der Provinz in den nächsten Tagen mit der Ausarbeitung einer Agrarreform beginnen. Der aus Kiew zurückgekehrte General Swotschin erklärte, daß die politisch-wirtschaftlichen Verhandlungen des Don mit der Ukraine auf bestem Wege sind. Taganrog wird eine freie Stadt. In den Verhandlungen des Generals von Knoerzer mit Vertretern der Taganroger Stadtverwaltung ist die Unterordnung sämtlicher in der Stadt befindlichen staatlichen Behörden unter die Munizipalität vereinbart.

Selbständigkeitserklärung Kaukasisch-Armeniens.

Kiew, 26. Juni. Kaukasisch-Armenien hat vor einigen Tagen seine staatliche Unabhängigkeit erklärt. Ministerpräsident ist O. K. Katschaznuni, Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. A. Chatissian. Eine armenische Delegation, an deren Spitze der Präsident des Armenischen Nationalrates A. Aharonian, steht und zu deren Mitgliedern auch der Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. A. Chatissian und der frühere Duma-Abgeordnete Dr. Papadkaniau zählen, ist zur Besprechung der schwebenden transkaukasischen Fragen am 19. Juni in Konstantinopel eingetroffen.

Kriegsallerlei.

Berlin, 26. Juni. Am 25. vormittags wurden im Ostteile von Verdun 2 Explosionen beobachtet, die größere Brände zur Folge hatten.

Paris, 25. Juni. (Havas.) Der Ministerrat hat auf Vorschlag des Blockadeministers den Entwurf des Abkommens zwischen den Alliierten und Schweden ratifiziert.

London, 26. Juni. Central News meldet: Kerenski ist in England angekommen.

Kiew, 23. Juni. Der aus Kiew zurückgekehrte General Swetschen erklärte, daß die politisch-wirtschaftlichen Verhandlungen des Dons mit der Ukraine auf bestem Wege sind. Tanganrog wird eine freie Stadt.

Beruhigung in Oesterreich.

Der Wiener Arbeiterrat hat nach eingehender Debatte folgenden Beschluß gefaßt:

Der Arbeiterrat nimmt den Bericht über die Verhandlungen in der Kommission zur Regelung von Fragen des industriellen Arbeitsverhältnisses zur Kenntnis und fordert die Vertrauensmänner auf, in sofort einzuberufenden Betriebsversammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Der Arbeiterrat erwartet, daß die weiteren Verhandlungen für die Eisenbahner und Staatsarbeiter ebenfalls ein zufriedenstellendes Resultat ergeben werden.

Die österreichischen Arbeiter haben wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgesetzt. Es war aber nicht möglich, für die vielen Branchen ordentliche Verträge in so kurzer Zeit abzuschließen. Man mußte daher zunächst ein Provisorium schaffen, um Zeit für die Verhandlungen über die endgültige Regelung zu gewinnen. Die provisorische Regelung gilt vom 24. Juni bis zu der am 20. Juli endenden Lohnperiode. Die Arbeiter erhalten in den vier Wochen, die das Provisorium dauert, wöchentliche Lohnzuschläge. Innerhalb der vier Wochen, für die das provisorische Abkommen gilt, muß über die endgültige Regelung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhandelt werden. Zu diesem Zwecke wird ein besonderer Arbeitsausschuß eingesetzt, der unter dem Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge tagen und aus je drei Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammengesetzt wird. Diesem Ausschuß wird auch die Frage der Arbeitszeit zugewiesen.

Ueber die Forderungen der Eisenbahner wurde ausführlich verhandelt. Die Zugeständnisse, die das Ministerium bisher gemacht hat, können nicht als hinreichend betrachtet werden. Die vereinigten Organisationen werden die Verhandlungen fortsetzen.

Den Staatsarbeitern werden im allgemeinen gleiche Zugeständnisse gemacht wie den Eisenbahnern.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein Führer der Vaterlandspartei als Hamster.

Von einem eigenartigen Mißgeschick ist einer Privatmeldung aus Rostock zufolge der Führer der Vaterlandspartei in Mecklenburg, der Rostocker Landgerichtsrat Dr. jur. Joerges, betroffen worden. Bei ihm ist eingebrochen worden, und die Diebe haben ein außerordentlich gut ausgefüttertes Hamsternest ausgenommen. Wie die Rostoper Zeitungen mitteilen, trugen die Einbrecher nicht weniger als fünf Schinken, drei Speckseiten, ein Schulterstück, über zwanzig Pfund Mettwurst, zwanzig Pfund Butter und mehrere Hundert Eier als Beute davon. Als Hauptredner und Agitator seiner Partei wußte Dr. Joerges den gläubigen Zuhörern nicht genug vom Durchhalten und Ertragen aller Mühsal zu erzählen. Und nun bringen die Einbrecher solche Geheimnisse an den Tag. Das Vorkommnis erregt in ganz Mecklenburg angesichts der Stellung, die der Bestohlene in der Justiz und in dem politischen Leben des Landes einnimmt, ein nicht unerhebliches Aufsehen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Krise dauert fort.

Wien, 26. Juni. Das Berliner Tageblatt schreibt: Nach Meldungen, die heute aus Wien eingegangen sind, wäre die Mission des Grafen Sylva-Tarouca bereits als gescheitert zu betrachten. Es hätten zwar die deutschen Parteiführer, mit denen der Graf sprach, in gewissen Dingen zugestimmt, aber die Aussichten zur Bildung irgendeiner haltbaren Mehrheit seien doch so gering, daß Graf Sylva-Tarouca den Kaiser um Enthebung von seinem Auftrag ersucht habe.

Norwegen.

Der Achtstundentag.

Christiania, 26. Juni. Im gestrigen Staatsrat wurde die Einbringung eines Gesetzentwurfs beschlossen, der die Regierung ermächtigt, die Arbeitszeit in industriellen Betrieben, soweit die Verhältnisse es möglich machen, auf 48 Stunden wöchentlich herabzusetzen.

Spanien.

Grubenarbeiterstreik.

Madrid, 26. Juni. (Havas.) Nachrichten aus Cordoba zufolge wird angesichts der Ablehnung der Forderungen der streikenden Grubenarbeiter von Penaroya die Lage für ernst gehalten. Der Gouverneur griff energisch ein, um den Streit zu schlichten.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück auf der Strecke Paris—Calais. Genf, 26. Juni. Der Schnellzug von Paris nach Calais, der gegenwärtig über Abbeville und Eu geht, ist am 20. Juni abends bei der Einfahrt auf dem Bahnhof Eu entgleist. Mehrere Wagen wurden umgeworfen, 12 Personen wurden verletzt. (Frkf. Ztg.)

Hochwasserverheerungen in Norwegen. Christiania, 26. Juni. Infolge starker Niederschläge und Hochwassers im Gulafluß ist die Eisenbahnstrecke Christiania—Drontheim auf einer Strecke von 67 Kilometern zwischen Langletot und Stören bis Ler weggespült und eine Eisenbahnbrücke eingestürzt, so daß jeder Zugverkehr eingestellt werden mußte. Auch der Landstraßenverkehr, sowie die Verbindungen durch Telegraph und Telephon mit Drontheim sind unterbrochen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Schollen. Freitag früh in den einschlägigen Geschäften gegen Vorlegung des Lebensmittelscheins jede Person etwa ½ Pfd. zum Preise von 85 Pf. bis 1.40 M. für das ganze Pfund.

Kartoffelstärkemehl. Von Freitag an auf Marke 196 des Warenbezugsscheins 16 jede Person ¼ Pfd. zum Preise von 36 Pf. für das Pfund.

Gerstenmehl. Freitag vormittags 8—12 Uhr: Nr. 1 bis 15000, nachmittags 2—6 Uhr: Nr. 15001 bis 30000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule, auf Abschnitt E der besonderen Warenbezugskarte für Jugendliche von 12 bis 17 Jahren, jede Person ½ Pfund für 38 Pf.

Quark. Am Freitag auf Abschnitt 8 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Scharfe, Rudolf-Haym-Straße 35 und Schenkling, Forsterstraße 38. Jede Person ½ Pfund zum Preise von 37 Pf. Zugelassen neue Lebensmittelscheine Nr. 28001—33000, außerdem diejenigen, die auf Abschnitt 7 des Einkaufsscheines weder Quark noch Magermilch erhalten haben.

Magermilch. Freitag von nachmittag 4 Uhr an auf Abschnitt 8 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Ende, Delitzscher Straße 10, Schönherr, Grünstraße 12 und Jander, Unterberg 7 sowie in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Martinstraße 11. Jede Person ½ Liter für 12 Pf. Zugelassen sind die neuen Lebensmittelscheine Nr. 33001—41000, außerdem diejenigen, die auf Abschnitt 7 des Einkaufsscheins weder Quark noch Magermilch erhalten haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180627-19/fragment/page=0003

Der Kampf um die Arbeitsstelle.

(Aus den Archiven eines Unternehmerverbandes.)

Ein typisches Beispiel dafür, wie die alten Einrichtungen der einseitigen Beherrschung des Arbeitsmarktes während der Kriegszeit aufrecht erhalten werden, um sofort nach Einsetzung der Uebergangswirtschaft mit ungehemmter Kraft den verhaßten Gewerkschaften gegenüber als Sortierarbeit für „willige" und „zuverlässige" Arbeitskräfte zur Auswirkung zu kommen, bietet der **Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustriellen.** In das innere Getriebe dieses Arbeitsnachweises führt folgender Aufsatz von Richard Woldt:

In der Wusterhausener Straße findet in einem Zimmer des Verbandes Berliner Metallindustrieller eine Konferenz statt. Einige Unternehmungen haben sich während der Kriegszeit dem Verband neu angeschlossen. Die jetzt einberufene Sitzung soll den Zweck haben, die Einrichtung des Arbeitsnachweises bekanntzugeben. Der Verbandssyndikus gibt in einem kurzen einleitenden Vortrag folgende Informationen:

„Meine Herren! Die Einrichtung unseres Arbeitsnachweises hat den Zweck, unseren Mitgliedern **als Kampfesmaßregel gegen die Gewerkschaften** zu dienen. Wenn auch jetzt während des Krieges die Arbeiterfrage besonders ungünstig liegt, so ist das kein bleibender Zustand. **Mit der Beendigung des Krieges wird das Arbeiterangebot wieder steigen, es werden manche Konzessionen nicht mehr notwendig sein, die wir jetzt noch machen müssen.** Inzwischen ist die Einrichtung unseres Arbeitsnachweises weiter zu erhalten und auszubauen."

„Der idealste Zweck wird erreicht, wenn wir eine Auslese der berufsfähigsten und für uns zuverlässigsten Arbeitskräfte schaffen. Der Arbeitsnachweis ist für unsere Mitglieder eine notwendige und segensreiche Einrichtung, die unserem Verbande angeschlossenen Betriebe haben uns also in ihrem eigenen Interesse weitgehend zu unterstützen. Es muß erreicht werden, daß kein Arbeiter und keine Arbeiterin in Ihrem Betriebe beschäftigt wird, die nicht in unserem Arbeitsnachweis zur Anmeldung kommt. Deshalb wird bei uns eine sorgfältig aufgebaute Kartothek mit Kontrolle geführt."

Und nun beschreibt der Geschäftsführer den anwesenden Firmenvertretern die Wirkungsweise des Arbeitsnachweises an der Hand von Formularen. Jeder Bedarf an Arbeitskräften wird von den einzelnen Firmen dem Arbeitsnachweis mitgeteilt. Von hier aus bemüht man sich, die offenen Stellen zu besetzen. Durch Inserate in der Tagespresse (in sozialdemokratischen Zeitungen wird grundsätzlich nicht annonciert) und sonstige Bekanntmachungen sucht der Arbeitsnachweis sich immer ein möglichst großes Angebot von Arbeitskräften zu sichern. An bestimmten Geschäftsstunden des Tages kann von den Arbeitsuchenden die Anmeldung erfolgen. Männliche und weibliche Arbeitsuchende haben getrennte Abfertigungsstellen. Große Wartesäle sind vorgesehen, die auch in Zeiten niedergehender Konjunktur und umfangreicher Arbeitslosigkeit besonders stark besetzt sind. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die sich melden, gelangen nun in das Räderwerk dieses Sortierapparates. Es wird zunächst eine Personalkarte ausgeschrieben und aufbewahrt. Darin ist nach den vorgelegten Invalidenkarten, Arbeitsbüchern und sonstigen Papieren Name, Beruf, Wohnung, Geburtsdatum usw. genau vermerkt. Dem Arbeitsuchenden selbst wird eine Arbeitervermittelungskarte oder ein Arbeitsnachweisschein ausgestellt. Er wird zu einer bestimmten Firma, die offene Stellen gemeldet hat, hingeschickt. Dort hat er sich vorzustellen. Wird er angenommen, dann geht der Nachweisschein von der Firma selbst, mit entsprechenden Bemerkungen versehen, an den Arbeitsnachweis zurück. Wird der Arbeiter nicht eingestellt, dann hat er mindestens am nächsten Tage mit dem Schein sich wieder im Arbeitsnachweis zu melden. Ebenso liegen die Vorschriften, wenn er vom Nachweis zur freien Anfrage bei bestimmten Firmen sich einzufinden hat.

Scheinbar harmlos sieht der Schein aus, mit dem sich der Arbeiter auf die Arbeitssuche begibt. Er liest darauf seinen Namen, seine Personalien und den Namen der Firma, wo er sich vorstellen soll. In Wirklichkeit hat ihn schon die Kontrollmaschine längst erfaßt. In der Kartothek des Arbeitsnachweises ist auf seiner Personalkarte, die für ihn eine Art polizeilichen Führungsattestes wird, genau vermerkt, an welchen Tagen er sich zur Arbeitsnachfrage gestellt hat, bei welchen Firmen von ihm seine Anfrage und Vorstellung erfolgte, wo er nachher Arbeit gefunden und wie lange er auf jeder Arbeitsstelle gewesen ist.

Denn, wenn er von einer Verbandsfirma eingestellt worden ist, muß diese ebenfalls Berichte an den Arbeitsnachweis schicken. Das ist genau vorgeschrieben und entsprechende Formulare sind auszufüllen. Wenn nun der Arbeiter nach einiger Zeit die Arbeitsstelle wieder verläßt oder entlassen wird, ist er dadurch der weiteren Kontrolle durch den Arbeitsnachweis längst nicht entgangen. Am nächsten Tage seines Austrittes weiß das schon der Arbeitsnachweis, die betreffende Firma hat das mitgeteilt und auf seiner Personalkarte ist ein Vermerk gemacht. Auch die Gründe seines Austrittes, sofern sie den Verband interessieren, erhält der Arbeitsnachweis zur Kenntnis. Dafür enthalten die Berichtsformulare die Rubrik „Bemerkungen". Es genügt eine Zeichensprache, ein kurzes „Kennwort", um den „Hetzer", den Sozialdemokraten oder den „zuverlässigen" (wirtschaftsfriedlichen) Arbeiter zu charakterisieren. Eine für den Arbeiter selbst unsichtbare Kontrolle waltet also über sein Schicksal. Und hier beginnt für den Arbeiter selbst die schädliche Wirkung der ganzen von den Unternehmern einseitig gehandhabten Arbeitsvermittlung. Vor dem Kriege haben wir wiederholt von Regierungsleuten in Reichstagsdebatten die These vertreten gehört, daß in das „freie Spiel der Kräfte", „in den freien Arbeitsvertrag" zwischen Arbeiter und Unternehmer Staat und Gesetzgebung nicht eingreifen dürfen. Hier können die Herren Staatssekretäre sich von diesen Dingen neuen praktischen Anschauungsunterricht verschaffen. Sind die Arbeiter und Arbeiterinnen, die wie auf dem Polizeibureau durch den Schalter ihre Papiere hineingeben müssen, ohne zu wissen, welche „Akten" über sie geführt werden, im Besitze jener Freiheit, darüber selbst zu bestimmen, wo, wie und unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeitskraft verkaufen können?

Der Geschäftsführer öffnet einen Kasten eines Kartothekschrankes. Er greift willkürlich hinein und zieht die Personalkarte eines Arbeiters heraus. Was können wir nicht alles daraus ersehen! Diese Karte gleicht einem Steckbrief: auf den ersten Blick sieht der Nachweisbeamte, was er für einen Arbeiter vor sich hat.

So zeigt auch dieses Beispiel, welcher Art die Kämpfe sind, die uns mit dem Unternehmertum nach der Einsetzung der Uebergangswirtschaft bevorstehen. Die von den Unternehmerverbänden überall gegründeten Arbeitsnachweise wird man als **Sortierstationen und Maßregelungsbureaus** weiter zu führen versuchen. Vorausgesetzt, daß es den Arbeitern nicht gelingt, auf Grund ihrer **einheitlich politischen Kraftentfaltung und ihrer wirtschaftlichen Geschlossenheit** mit den Dingen fertig zu werden.

Die gewerkschaftliche Aerztebewegung.

Eisenach, im Juni.

Am Sonnabend tagte hier der Verband der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, der berühmte Leipziger Verband, und am Sonntag der Deutsche Aerztevereinsbund. Hauptredner auf beiden Tagungen waren die Herren Hartmann und Streffer vom Leipziger Verband und in **den Erörterungen spielten die Krankenkassen und das Verhältnis** der Aerzte zu ihnen die Hauptrolle. Es wurde insbesondere betont, daß, wenn auch einzelne Kassenärzte („Kassenlöwen") durch ungeheure und manchmal auch sonst nicht einwandfreie Ueberarbeit im Kriege viel verdienen, die große Masse der daheim tätigen Aerzte unter dem Krieg schwer litten. Für selbsthilferische Unterstützungsaktionen wurden über 7 Millionen zentral aufgebracht und etwa ebensoviel noch örtlich. Die neue Alterszulagekasse entwickelt sich gut, eine Witwenversorgung soll auch eingeführt werden, daneben besteht eine große Hilfskasse. Die Verhandlungen des Leipziger Verbandes waren großenteils vertraulich.

Auf dem öffentlichen Aerztetag am Sonntag wurden nach lebhafter Debatte folgende Beschlüsse gefaßt: Nach einer Danksagung für alle Arbeit zur Aus- und Fortbildung der Kriegsärzte wird an Maßnahmen für die Uebergangszeit gefordert: Rücksichtnahme auf verheiratete, ältere Aerzte, die Familienväter und die Dauer der Einziehung bei der Demobilisierung und Reihenfolge der Entlassung. Bereitstellung militärischer Stellen am Heimatsort für die zurückkehrenden Aerzte, Offenhaltung der Hälfte aller Krankenhausassistentenstellen für diese, Schaffung geeigneter und kostenloser wissenschaftlicher Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für die Feldärzte, Fürsorge für kriegsbeschädigte Aerzte, Hergabe von ärztlichen Bedarfsgegenständen, Pferden, Autos, Gummireifen bei der Demobilisierung zu Enteignungspreisen ohne Zwischenhandel, Zugänglichmachung der Kriegshilfskassen, Beschränkung des Studiums von Ausländern an deutschen Medizinfakultäten und der Niederlassung ausländischer Kur- und Badeärzte in dem wiederholt geforderten Maße. Ferner sollen in allen ärztlichen Wartezimmern Aufforderungen an das Publikum ausgehängt werden, dem etwa vor dem Krieg in Anspruch genommenen und seither eingezogenen Arzt das Vertrauen bei seiner Rückkehr wieder zuzuwenden.

Ueber die Notwendigkeit einer Ergänzungsausbildung der notapprobierten Aerzte im Interesse der Volksgesundheit und der Bevölkerungspolitik hatte Sardemann-Marburg ein eingehendes Referat erstattet.

Auf Grund eines Referats von Streffer-Leipzig und der anschließenden regen Aussprache wurden folgende Beschlüsse gefaßt: „Der Aerztetag hält eine Erhöhung der Grenzen für die Versicherungspflicht (§§ 165, 178, 314 RVO.) oder gar eine völlig unbegrenzte Versicherungsberechtigung, wie sie von den im Reichstag eingebrachten Anträgen (des Zentrums und der Sozialdemokraten — Anm. d. Ber.) beabsichtigt wird, nicht für notwendig und im Rahmen der jetzigen kassenärztlichen Verträge für unvereinbar mit den ideellen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen des ärztlichen Standes und erhebt deshalb entschiedenen Widerspruch dagegen. Findet trotzdem gegen die gewissenhafte Ueberzeugung der deutschen Aerzteschaft eine Erweiterung des Kreises der Versicherten statt und wird damit die freie ärztliche Berufstätigkeit weiter eingeschnürt, dann muß die freie Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit für alle dazu bereiten deutschen Aerzte gesetzlich festgelegt und die kassenärztliche Entschädigung auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Unter diesen Voraussetzungen erklärt sich der Aerztetag damit einverstanden, daß die vielfach jetzt schon gewährte Krankenpflege an versicherungsfreie Familienmitglieder der Versicherten (§ 205 RVO.) zur Erhaltung und Stärkung der Volkszahl und Volkskraft unter die Regelleistungen der Krankenkassen aufgenommen wird." — „Für den Fall, daß die Krankenversicherung in dem geplanten Sinne ausgedehnt wird, wird der Vorstand des Verbandes der Aerzte Deutschlands beauftragt, eine Normaltaxe festzustellen, die die Mindestgrenze dessen darstellen soll, was die deutschen Aerzte als Entlohnung für kassenärztliche Tätigkeit fordern müssen."

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1144: Baarmann, Hans, 1. 5. Halle a. S., leicht verwundet; Fischer, Alfred, 18. 12., Halle a. S., leicht verw.; Friedrich Artur, 9. 10., Halle a. S., leicht verwundet; Fritsche Willy, Gefr., 5. 11., Halle a. S., schwer verwundet; Gittel, Paul, 8. 11., Halle a. S., gefallen; Heller Erich, Gefr., 13. 4., Halle a. S., bisher vermißt, schwer verwundet in Gefangenschaft; Jaenicke Gustav, Leutnant d. R., 10. 11., Halle a. S., leicht verwundet; Kalisch, Friedrich, 9. 4., Halle a. S., gefallen; Kläbe, Hellmut, Leutnant, 6. 9., Halle a. S., schwer verwundet; Möbius, Karl, 25. 5., Halle, leicht verwundet bei der Truppe; Ohme, Hermann, 25. 7., Halle, schwer verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1145: Barth, Fritz, Gefr., 10. 10., Halle, leicht verwundet; Breinig, Kurt, Gefr., 11. 10., Halle, vermißt; Drechsler, Hermann, 21. 4., Halle, gestorben an seinen Wunden; Gebhardt, Paul, 25. 3., Halle, gefallen; Hennicke, Oskar, 3. 8., Halle, leicht verwundet; Hörich, Alfred, 21. 6., Halle, leicht verwundet; Korn, Paul, Gefr., 9. 7., Halle, durch Unfall schwer verletzt; Lange, Oskar, 22. 11., Halle, leicht verwundet; Lüttich, Albert, 14. 2., Halle, bisher vermißt, in Gefangenschaft; Mätschke, Otto, Gefr., 1. 11., Halle, leicht verwundet; Mehl, Karl, 29. 11., Halle, verwundet; Schröter Karl, 13. 10., Halle-Trotha, bisher vermißt, in Gefangenschaft; Schwarz, Ewald, Unteroffizier, 25. 6., Halle, leicht verwundet; Seiler, Willi, Gefr., 28. 4., Halle, leicht verwundet; Werner, Walter, 16. 6., Halle, leicht verwundet;

Sächsische Verlustliste Nr. 504: Franke, Karl, Unteroffizier, 30. 9., Halle, leicht verwundet; Keilhold, Willy, 24. 10., Halle, leicht verwundet bei der Truppe.

Preußische Verlustliste Nr. 1146: Angermann, Kurt, Gefr., 9. 6., Halle, leicht verwundet; Beer, Heinrich, Gefr., 3. 4., Halle, gefallen; Fiedler, Richard, Sergeant, 30. 8., Halle, schwer verwundet; Hönig, Konrad, Gefr., 28. 5., Halle, schwer verwundet; Michel, Kurt, Unteroff., 8. 3., Halle bisher verwundet, gestorben; Pietzsch Alfred, 3. 9., Halle, leicht verwundet bei der Truppe; Schembowski, Hans, Gefr., 4. 10., Halle, leicht verwundet; Ulrich (nicht Ubrich), Otto, 24. 3., Halle, gestorben an seinen Wunden; Unger, Friedrich, 21. 5., Halle, leicht verwundet; Wage, Willi, Gefr., 4. 9., Halle, gestorben an seinen Wunden.

Preußische Verlustliste Nr. 1147: Fiedler, Kurt, 10. 10., Halle, leicht verwundet; Härtung, Rudolf, 26. 3., Giebichenstein, leicht verwundet; Hoffmann, Alfred, Unteroff., 27. 6., Halle, leicht verwundet; Porath, Hans, 27. 11., Halle, leicht verwundet; Schoke, Heinrich, 30. 4., Halle, schwer verwundet; Schönwälder, Paul, Gefr., 16. 7., Halle, leicht verwundet; Stamp, Kurt, 25. 1., Halle leicht verwundet; Strechel, Walter, Unteroff., 10. 10., Halle, schwer verwundet; Zimmer, Ottomar, 12. 8., Halle, vermißt.

Preußische Verlustliste Nr. 1148: Gießler, Albert, 17. 11., Kröllwitz, leicht verwundet; Glück, Walter, 16. 9., Halle, schwer verwundet; Kaiser, Hans, Leutnant d. Ref., 8. 5., Halle, leicht verwundet; Mertens, Kurt, Vizefeldw., 6. 3., Halle, leicht verwundet b. d. Tr.; Mohr, Paul, 14. 6., Halle, aus Gefangenschaft zurück; Politz, Hermann, 4. 2., Halle, leicht verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 1149: Bamberg, Franz, 9. 1., Halle (Merseburg), vermißt; Beckmann, Oskar, 28. 3., Halle, aus Gefangenschaft zurück; Berger, Johannes, Unteroff., 17. 5., Halle, leicht verw.; Brückner, Franz, 11. 10., Halle-Trotha, leicht verwundet; Ernst Paul, Gefr., 19. 7. Halle-Trotha, leicht verwundet; Fejerski, Paul, Gefr., 3. 11., Halle, leicht verwundet b. d. Tr.; Goebel, Theodor, Fähnr., 23. 11., Halle, verw. 6. 2. 15; Gottschalk I, Walter, Gefr., 4. 11., Halle, leicht verwundet, Hädicke, Richard, 5. 4., Cröllwitz, leicht verwundet; Hartmann, Walter, 8. 6., Halle, bisher vermißt, zur Truppe zurück; Pflanze, Kurt, Leutnant d. R. 26. 8., Halle, leicht verwundet; Schaaf, Hermann, Gefr., 21. 1., Halle, leicht verwundet; Stolze, Kurt, 24. 9., Halle, schwer verwundet; Stürwald, Paul, 1. 8., Halle, bisher vermißt gemeldet, gefallen 5. 5. 17; Wolf, Paul, 11. 1., Halle-Cröllwitz, bisher vermißt, verwundet.

Sächsische Verlustliste Nr. 504 (Fortsetzung): Löser, Otto, Sergt. 22. 2., Halle, gefallen; Nitzsche, Karl, 13. 2., Halle, schwer verwundet.

Sächsische Verlustliste Nr. 505: Märtens, Max, 13. 10., Halle, gefallen; Weber, Johannes, 8. 12., Halle, verwundet.

Sächsische Verlustliste Nr. 506: Boeck, Magnus, Leutnant d. Ref., 28. 4., Halle, gefallen; Schmidt, Georg, Sergt., 21. 12., Halle, leicht verwundet.

Kaiserliche Marine (Verlustliste Nr. 146): Meister, Wilhelm, Sees., Halle, leicht verwundet. Moser, Clemens, Gefr. d. Ref., Halle, tot.

Bekanntmachung

betr. Meldekarten für Kohlen für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 Tonnen im Monat.

Gewerbliche Betriebe, die **mehr als 10 Tonnen** (= 200 Zentner) **Kohle monatlich** verbrauchen, haben in der Zeit **vom 1. bis 5. Juli d. J.** ihren **Bedarf** für den **nächsten Monat** auf den **vorgeschriebenen Meldekarten anzumelden.** Für die im Stadtkreis Halle wohnhaften Verbraucher sind die **Meldekarten** in der **Ortskohlenstelle, Marktplatz 22,** vormittags von 8½ bis 12½ Uhr erhältlich. Der Preis beträgt 25 Pf. für einen Block und 5 Pf. für eine Einzelkarte.

Halle, den 25. Juni 1918.

Die Ortskohlenstelle.

Städtische Säuglingsfürsorgestelle.

Franzosenweg.

Freitag, 28. Juni, zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags, findet in der **Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge** — Aula des städtischen Lizeums, Alte Promenade — für die Mütter und Frauen für Säuglingsfürsorge eine **Führung** unter Leitung des Herrn Oberarztes Dr. **Rech** statt. Eintritt frei. [1306

Eine sorgenfreie Zukunft

was die Ernährung anbelangt, verbürgt der Gebrauch unseres **Dampfeinkochapparates.** Er hat ganz besondere Vorzüge: schließt die Gläser unbedingt fest, garantiert für jahrelanges Frischhalten von Obst, Gemüse und Fleisch, spart bedeutend an Zeit und Brennstoff. [1226

Auskunft umsonst.

Unsere Einkochgläser passen zu jedem vorhandenen Apparat.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipziger Straße 90.

Dr. Ed. David MdR.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.

Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Schuhe

werden mit **Lederstücken** und **Lederriemen** besohlt und repariert. [1100

Hoffmann, Schützenstr. 20.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier

kauft

Alb. Bode jun., Große Klausstr. 22.

Wittekind

altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle S. **Sol-, Kohlensäure-** u. mit echter Schmiedeberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen **Zoologischen Garten** auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigalleninsel und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist **Eigentum der Stadt Halle a. S.** und wird von dieser selbst verwaltet. Der **reichillustrierte Prospekt** wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. **Badeanstalt:** Fernruf Nr. 2675 (für Bestellung der Bäder). [1050

Bettfedern, Daunen fertige Betten

empfiehlt [1008

Eduard Graf, Halle

Markt 11.

Fast neue echte [928

Möbel aller Art

Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt

R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

In Freien Stunden

Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen.

Preis 15 Pf.

Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Stadt-Theater

Freitag, 28. Juni

Anfang 7,30 Uhr. Ende 10,30 Uhr

Die Rose von Stambul

Operette von Leo Fall.

Sonnabend: **Troubadour.**

Thalia-Theater

Sonntag, den 30. Juni 1918 abends 7½ Uhr: [1309

Gastspiel des Stadttheater-Personals

Hans Huckebein.

Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg.

Bad Wittekind.

Freitag, den 28. Juni, nachmittags 3½ Uhr

Kur-Konzert

vom [1310

Stadttheater-Orchester. Leitung: Kapellmeister **Karl Nöhren.**

Eintrittspreise: Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.

Dauerkarten sind gültig.

Schuhe und Stiefel

werden besohlt und repariert [900

Burgstraße 48, p. r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180627-19/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 145. Halle, Donnerstag den 27. Juni 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 27. Juni 1918.

Hamster und „Hamsterer".

Die Hallenschen Nachrichten erhalten folgende Zuschrift, die ganz im Sinne dessen gehalten ist, was wir schon zu wiederholtenmalen in bezug auf das Hamstern der kleinen Leute gebracht haben:

Täglich hört man jetzt, bald hier, bald dort eine Anzahl Personen angehalten sind, die von ihren Ausflügen nach näher oder ferner liegenden Orten mit dort erworbenen Lebensmitteln heimkehren wollten. Eine Warnung sollen solche Meldungen sein für diejenigen, die gleichfalls zu demselben Hauptzweck Fahrten unternehmen, die man allgemein als „Hamsterfahrten" bezeichnet. Und doch kann man sagen, daß diese Ausflügler zu 99 Prozent keine Hamsterer sind. Solche sitzen fein still und schmunzelnd daheim, sie leben von dem, was sie gleich in größeren Mengen auf geradem und krummen Wegen und unter Aufwand von größeren Geldmitteln erworben haben. Sie wissen von den Kriegsnöten so gut wie nichts, und sie erwischt man in der Regel auch nicht. Die aber bei ihren Sonntagsausflügen abgefaßten Personen, die im Körbchen und Rucksack ihre Beute heimtragen, sind zumeist nichts weniger wie Hamsterer. Sie sammeln keine Vorräte für spätere Zeiten — ihre Geldmittel gestatten ihnen das schon nicht — sondern sie haben nur soviel, daß sie einige Tage, vielleicht auch einige Wochen leichter durchkommen können.

Darüber gibt es wohl keine Meinungsverschiedenheiten und es wird auch tausendfach von Mund zu Mund ausgesprochen, daß die Großstädter, wenn sie nur auf das angewiesen seien, was die Stadt liefert oder der Markt bietet, zum allergrößten Teil buchstäblich verhungert wären. Es ist absolut ausgeschlossen, mit diesen Nahrungsmitteln sich auch nur annähernd zu sättigen, geschweige denn bei Kräften zu erhalten. Wer das Gegenteil behauptet, hat es offenbar an sich noch nicht versucht; er gehört entweder zu den oben geschilderten Hamsterern oder seine Frau läßt ihn darüber im Ungewissen, wie sie heimlich noch Lebensmittel herbeischafft. Daß in sogenannten besseren Kreisen die Nöte nicht so recht verspürt werden, ist keine böswillig erfundene Redensart. Denn wo es an den nötigen Barmitteln nicht fehlt, braucht die Hausfrau sich gar nicht so sehr um Lebensmittelherbeischaffung zu kümmern; sie braucht auch keine Ausflüge mit dem Rucksack zu unternehmen oder stundenlang vor Läden mit anzutreten. Die Ware wird ihr ins Haus gebracht, weil der Preis nur eine untergeordnete Rolle spielt. Da kommen z. B. unter den Grünwaren im Korbe die frischen Landeier hervor, die 60—70 Pf. kosten; auch die ersten Stachelbeeren, Kirschen und Erdbeeren wandern auf ihren Tisch. Nicht gering ist auch das Tauschgeschäft einzuschätzen, das zwischen Land und Stadt blüht: Ware um Ware. Solche Abwechslung läßt keine Unterernährung aufkommen. Diejenigen aber, die von der Hand in den Mund leben, die Stunden vor Läden versäumen, um schließlich doch leer auszugehen, darben bitter. Als die Spinatzeit war, gab es tagelang nur diese Speise. Mit Rhabarber wußte man nichts anzufangen, weil es an Zucker fehlte, und als die Spargelperiode da war, blieb man beim Spinat; denn die Preise für Spargel waren von der ärmeren Bevölkerung — und diese macht wohl die Mehrzahl aus — meist nicht zu zahlen. Die Not zwingt diese also, sich ihrer Verwandten und Bekannten auf dem Lande zu erinnern und von diesen zu erbitten, was sie als Erzeuger der Früchte von denen ihnen zustehenden Mehr etwa noch ablassen können. Sie erhalten denn hier ein paar Eier, dort einmal einen Käse, vielleicht auch einmal ½ bis ¾ Pfund Speck. Man gibt ihnen Brot, auch wohl selbst erworbene Graupen, weil der Garten vielleicht schon noch anderes bietet. Und diese von der Kriegsnot schwer heimgesuchten Leute, die auf wenige Lebensmittel ausgehen, faßt man ab, nimmt ihnen die Ware wieder und läßt sie in Sorge vergehen, während die echten Hamsterer es sich wohl sein lassen. Man sollte also mehr verstehen und begreifen, daß die Ausflüge nach dem Lande zur Einholung von Lebensmitteln einfach zur Notwendigkeit geworden sind. Würde man die wirklichen Hamsterer fassen, so ließe sich darüber kein Wort verlieren, hier aber faßt man die Darbenden, die ohne diese Reisen einfach nicht auskommen würden.

Säuglingspflege in Halle.

Das Säuglingsheim des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft ist seit diesem Jahre staatlich anerkannte Schule für Säuglingspflegerinnen. Am 1. Oktober beginnt ein neuer Kursus. Es kann nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, welch hohe Bedeutung der Beruf einer Säuglingspflegerin in der Zukunft haben wird, gilt es doch, die Geborenen möglichst alle am Leben zu erhalten und die Säuglingssterblichkeit auf ein Minimum herabzudrücken. Wie sehr das Verlangen nach Säuglingspflegerinnen in weiten Kreisen vorhanden ist, das geht daraus hervor, daß kürzlich an einem Tage nicht weniger als 6 Gesuche auf der Geschäftsstelle des Bundes eingingen, in denen von Behörden und Familien zum sofortigen Antritt Säuglingspflegerinnen gesucht wurden. Die Nachfrage ist eine derartig große und anhaltende, daß die bis jetzt ausgebildeten Säuglingspflegerinnen des Bundes schon längst vergeben sind.

Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf aufmerksam gemacht, daß im Säuglingsheim 3 Kurse zur Ausbildung von Säuglingspflegerinnen bestehen: 1. ein Kursus, der mit einer staatlichen Prüfung abschließt, 2. ein solcher, in dem Töchter von 18 Jahren an teilnehmen können, die nicht die Absicht haben, eine staatliche Prüfung abzulegen, sich dieselbe mit einer privaten Prüfung begnügen. Endlich dient ein dritter Kursus Hospitantinnen. Während die beiden zuerst genannten Kurse 6 Monate dauern und die Schülerinnen den ganzen Tag im Säuglingsheim beschäftigt sind, ist für Hospitantinnen ein Kursus von 3 Monaten vorgeschrieben. In dieser Zeit müssen wöchentlich 3 volle oder 6 halbe Tage der praktischen Säuglingspflege im Säuglingsheim gewidmet werden.

Das Säuglingsheim des Bundes bietet mit seinen 50 Betten reichlich Gelegenheit zur möglichst vollkommenen Ausbildung in Säuglingspflege. Der Unterricht wird von den Herren Geh. Rat Prof. Dr. med. Abderhalden, Kgl. Kreisarzt Med.-Rat Dr. Bundt, Prof. Dr. med. Stoeltzner und Frau Prof. Dr. med. Stoeltzner erteilt. Besonders vorteilhaft ist der Umstand, daß mit dem Säuglingsheim ein Kinderheim verbunden ist. Alle Säuglingspflegerinnen erhalten Gelegenheit, in diesem die Haltung von Kindern von 2 bis 6 Jahren zu erlernen. Es hat sich diese Ausbildung als außerordentlich vorteilhaft erwiesen, denn fast überall, wo Säuglinge zu pflegen sind, sind gleichzeitig auch ältere Kinder vorhanden, die der Wartung bedürfen. Anmeldungen zu den einzelnen Kursen sind an die Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, zu richten. Von dort werden auch auf Anfrage mit beigefügtem, freigemachtem Briefumschlag die Bedingungen zugesandt. Am 1. Juli beginnt ein neuer Kursus für Hospitantinnen. Die beiden anderen Kurse beginnen am 1. Oktober.

Professor E. Abderhalden.

* **5350 Mark Geldstrafe in sieben Fällen wegen Wuchers.** Nach Mitteilung des Ersten Amtsanwalts ist gegen den Apothekenbesitzer Hubert Bernhardt, Geiststraße 15, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts wegen übermäßiger Preisforderung und Verfälschung von Essig eine Geldstrafe von 150 M. festgesetzt worden. — Die berufslose Anna Händler, Weidenplan 28, ist durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichts wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Zwiebeln zu einer Geldstrafe von 3500 M. verurteilt worden. — Gegen den Reisenden Paul Knauer, Zinkgartenstraße 9, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts wegen übermäßiger Preisforderung für Schwäne eine Geldstrafe von 600 M. festgesetzt worden. — Die Handelsfrau Lina Weinholz, Harz 48, ist durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichts wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für 1 Schwein zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. — Der Rohproduktenhändler Richard Hierl, Kl. Ulrichstraße 5, ist durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichts wegen übermäßiger Preissteigerung für Zuckerrüben zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt worden. — Gegen die Ehefrau des Kaufmanns Bochmann, Alwine geb. Dietzel, Steinweg 18, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Vergehens gegen die Verordnung über den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs ohne Genehmigung eine Geldstrafe von 900 M. oder 60 Tage Gefängnis festgesetzt worden. — Nach Mitteilung des Amtsanwalts in Merseburg sind die Handelsfrauen Marie Schmidt geb. Benediger, Rudolf-Hahnstraße 6, und Ida Brandt geb. Steinbach, Königstraße 6, durch rechtskräftigen Strafbefehl des dortigen Amtsgerichts wegen unerlaubten Schlachtens und Ueberschreitens der Höchstpreise für Schweine zu einer Geldstrafe von je 150 M. verurteilt worden.

* **Eine „Rechtfertigung" des Kriegstabaks.** Die Nachrichtenabteilung des Kriegsministeriums teilt mit: „Die Heeresverwaltung hat in letzter Zeit einen Teil des Feldkosttrauchtabaks in „Kriegstabakmischung", bestehend aus Buchenlaub und Tabak (Blatt oder Rippen) liefern lassen, weil die Stockung jeder Einfuhr von ausländischem Rohtabak und der geringe Umfang der inländischen Tabakernte dazu zwangen, einen Rauchtabakersatz ausfindig zu machen, wenn die Belieferung des Feldheeres mit Rauchtabak nicht in kurzer Zeit ganz eingestellt werden sollte. Nach eingehender Prüfung der in Betracht kommenden Ersatzstoffe fand man in Buchenlaub den geeigneten Ersatz. Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat festgestellt, daß gegen das Rauchen von Buchenlaub gesundheitliche Bedenken nicht vorliegen. In Oesterreich und anderen Ländern wird Buchenlaub als Tabakersatz seit längerer Zeit viel verwendet. Wenn auf den ersten Blick der Preis für diesen Tabakersatz unberechtigt hoch erscheint, so ist zu berücksichtigen, daß das Buchenlaub gesammelt, sorgfältig verlesen, getrocknet, gebarrt werden muß, daß hohe Preise für Blattabak oder Rippen zu zahlen sind und daß endlich auf 1 Kilo Buchenlaub, wenn es zu Tabakersatz verwendet wird, 1.20 M. Steuern ruhen (!). Es hat eine ganz genaue Preisberechnung stattgefunden, den den Fabriken keine unangemessenen Gewinne gestattet. Die Heeresverwaltung ist nicht in der Lage, an Stelle des fehlenden Rauchtabaks Zigarren und Zigaretten zu geben, weil auch diese sehr knapp sind. Unter Umständen werden sogar die Zigarrenfabriken aus Mangel an Rohtabak ihre Betriebe früher oder später schließen müssen. Da alle Hersteller der Kriegstabakmischung genau gleiche Mischungen herstellen, wurde davon abgesehen, vorzuschreiben, daß der Name des Herstellers auf den Packungen angebracht wird. Dagegen befindet sich auf jeder Packung eine Kontrollnummer, die es der Heeresverwaltung ermöglicht, bei nicht vorschriftsmäßiger Lieferung gegen die Hersteller vorzugehen." Der Kriegstabakersatz in Gestalt von Buchenlaub war erst vor wenigen Tagen Gegenstand von sarkastischen Erörterungen im Parlament, die allerdings von dem Vertreter des Kriegsministeriums zu widerlegen versucht wurden. Einzelne Beschwerden wurden aber dennoch als berechtigt anerkannt und ihre Abhilfe in Aussicht gestellt. Auch aus manchmal sehr urwüchsig gehaltenen und nicht immer druckfähigen Zuschriften aus dem Feld, die uns in Begleitung von Kostproben dieses Ersatztabaks zukamen, ging hervor, daß sich der Kriegstabak nicht übermäßiger Beliebtheit bei den Truppen erfreut. Selbst die Schwerständigenkreise sind nicht sehr entzückt davon. Also hätte das Kriegsministerium mit seinem „Rechtfertigungs"versuch ruhig bleiben können, — wo die Buchen wachsen!

* **Junikälte mit Schnee und Hagelschlag.** War der Juni ohnehin sehr wenig sommerlich und fast durchweg viel zu kühl, so hat während der letzten Tage die Witterung einen ganz besonders unfreundlichen Charakter angenommen. Die lange Zeit hindurch fast völlig ausgebliebenen Niederschläge haben sich nunmehr in fast übertreichem Maße eingestellt und waren über ganz Mitteleuropa verbreitet. Anlaß zu der außerordentlich veränderlichen Witterung gab ein tiefes atlantisches Minimum, das Sonntagabend mit seinem Zentrum über Südschweden verlagert war, und das auf seiner von Westen nach Osten gerichteten Bahn ganz Deutschland in seinen Bereich zog. Hinter dem nach Westrußland abwandernden Tief rückt zur Zeit ein sehr ausgedehntes und kräftiges Maximum vom Atlantik aus vor, dessen Vordringen zu großen

Handel und Wandel.

69] Von F. W. Hackländer.

Von Burbus und mir unterstützt erhob sich der Herr Specht, um zu Bette zu gehen. Madame Stieglitz, vollkommen zufrieden, daß die Sache nicht schlimmer abgelaufen sei, rückte ihre Haube zurecht und ermahnte mich, mit einem innigen Gebete dem Höchsten zu danken, daß er dem Haus ein schlimmes Unglück abgewendet, und bat den Doktor Burbus, doch morgen nach seinem Kranken zu sehen — da öffnete sich langsam die Tür und herein trat der Prinzipal, angetan mit einem braunen, sonderbar aussehenden Schlafrock, die rote Mütze auf dem Kopf. In einer Hand trug er ein Licht, in der anderen einen türkischen Säbel. Ich, der zunächst der Tür war, fuhr bei diesem Anblick zurück, und der Doktor, der die seltsame Gestalt erstaunt betrachtete, ließ den Buchhalter auf einen Stuhl niedersitzen. Madame Stieglitz faßte die Tischecke, denn die arme Frau schien zu ahnen, was sich begeben würde.

Man mußte den Prinzipal genau kennen, um in diesem langgezogenen seichenblassen Gesicht seine Züge wiederzufinden; starr blickte er uns an und seine Augen glänzten von einem unheimlichen Feuer.

„Es ist mein Mann, der Herr Stieglitz", sagte die erschütterte Frau mit kaum vernehmbarer Stimme zu dem Doktor, der sie fragend ansah.

„Ja, Madame", sprach der Prinzipal mit einer Stimme, deren Ton mir durchs Herz drang, „es ist vielmehr Ihr Herr, dessen starke Hand die Räuber und Mörder von dem Eingange Ihres Gezeltes abwehrte, sie daniederstreckend mit mächtiger Hand. Mir aber sagte die Stimme in meinem Innern, daß man den Verbrecher hineingezogen in meine geheiligten Wände, und wenn ich auch gerne Barmherzigkeit übe an jedermann, so kann ich doch nimmermehr zugeben, daß der Missetäter, den mein Schwert niederwarf, mit seinem Blut meine reine Schwelle besudle. — Wo ist der Tote?"

Nach dieser Anrede faßte sich der Doktor zuerst und entgegnete: „Verehrter Herr, Sie sind im Irrtum, Sie warfen Ihr Messer und glaubten einen Räuber zu treffen und verletzten Ihren eigenen Buchhalter, der im Begriff war, nach Hause zurückzukehren."

„Wo ist der Tote?" fragte aufs neue der Prinzipal und schaute sich im Kreise ringsum.

Der Buchhalter erhob sich mühsam von seinem Stuhle, und sein Gesicht war fast so bleich, wie das seines Chefs. „Ich bin nicht tot," sagte er weinerlich, „nur eine leichte Verwundung, Herr Prinzipal."

„Nicht tot?" entgegnete dieser schrecklich lachend, „ei, ei, Spechtlein, Spechtlein, meine Hand ist alt geworden, oder du hast ein zähes Leben; schade darum! Doch fliehe mein Haus, Räuber!"

„Um Gottes willen!" schrie Madame Stieglitz und faßte die Hand ihres Mannes, in der er langsam und feierlich seinen Säbel erhob, „was soll das alles bedeuten? — Es ist ja Herr Specht, unser getreuer und guter Buchhalter, den du in unverantwortlicher Wut verwundet."

Der Prinzipal schüttelte lächelnd den Kopf. „Unser getreuer Buchhalter?" sagte er. „Schau, schau, meine Hand zuckte niemals nach einem Getreuen und Gerechten; mein Messer ist ein verständiges und fühlendes Messer, und wo ich es nach einer menschlichen Brust ward — und das kam schon mehrmals vor, meine Liebe — da war diese menschliche Brust falsch und treulos wie diese." Das letztere stieß er mit gellendem Ton hervor; der Doktor faßte ihn aber jetzt mit starker Hand und hielt ihn an der Tür zurück. „Gehen Sie ihm aus den Augen," flüsterte er eifig dem Buchhalter zu, und dieser, der infolge seiner begreiflichen Angst vor allen scharfen Instrumenten in der Hand seines Prinzipals nun plötzlich allein gehen konnte, entfloh eiligst durch eine Seitentür, wir alle sprangen vor den Herrn Stieglitz, um ihn nötigenfalls mit Gewalt zu halten, da wir fürchteten, er werde dem Verwundeten nacheilen. Doch ruhig, fast groß blickte er einen Augenblick auf die Tür, durch welche der Herr Specht verschwunden, und sagte: „Er fliehe, sein Schicksal ereilt ihn doch, mir komme er aber nie mehr ins Angesicht!" Er reichte mir die Waffe, die er in der Hand trug. „Nimm dies Schwert, mein Page," sprach er, „folge mir in mein Gezelt!" Darauf wandte er sich um und ging nach seinem Zimmer. Den Doktor hatte er bei der Hand gefaßt und zog ihn mit sich, ich folgte, den Säbel in der Hand, der Prinzipalin, die mit gefalteten Händen und wankendem Schritt hinter ihnen drein ging.

In seinem Zimmer angekommen, war der unglückliche Mann still und folgsam. Der Doktor brachte ihm zu Bett, ließ ihm zur Ader, verordnete ihm Umschläge und erklärte, die Nacht bei dem Kranken bleiben zu wollen. Madame Stieglitz konnte ich nicht wieder, sie hatte sich im Vorzimmer auf einen Lehnstuhl niedergelassen und saß da regungslos und nachdenkend, den Kopf tief auf die Brust gesenkt. Bald entschlief der Kranke und auf einen Wink des Doktors ging ich auf mein Zimmer.

Den anderen Tag durfte niemand zu dem Prinzipal und selbst der Kreisphysikus, der von dem Apotheker etwas von dem Unfalle gehört hatte, wurde nicht vorgelassen und nur von der Prinzipalin empfangen, die ihm sagte, gestern abend sei der Herr Stieglitz von einem Schlaganfalle getroffen worden und der ihn zufälligerweise ein junger Arzt, der sich seit kurzem hier niedergelassen, nach Hause begleitet, so wollte er niemand anders, als diesen um sich sehen. „Sie kennen ja," setzte die Frau hinzu, „die sonderbare Gemütsstimmung meines Mannes und wissen wohl, daß da nichts zu machen ist."

Der Kreisphysikus war ein alter aber gutmütiger Mann, kinderlos und sehr reich, der die besten Häuser der Stadt nur noch so aus alter Gewohnheit beibehielt, und weil er als starker Schnupfer, in fast jedem derselben eine große Schnupftabaksdose stehen hatte. Bei seiner schwachen Gesundheit war er des Nachts kaum zu bewegen, seine Patienten zu besuchen, er hielt sich deshalb mehrere junge Aerzte zur Aushilfe und war aus diesen Ursachen auch über den neuen Eindringling im Stieglitzschen Hause nicht ungehalten. Die Verwundung des Buchhalters wurde gar nicht erwähnt, und nachdem sich der Kreisphysikus eine halbe Stunde mit der Prinzipalin unterhalten, die aber seinen lustigen Geschichten diesmal nur ein halbes Ohr lieh, entfernte er sich wieder.

Nicht so leicht abzuweisen war der Pfarrer Sprotzer, der seinen geistlichen Beistand mit aller Gewalt auf- und mit salbungsvollen Worten in das Krankenzimmer eindrang. — „Ist auch unser Wort", sagte er mit siegreichem Lächeln zur Madame Stieglitz, „bitter für manche Herzen und will nicht eindringen in manches Ohr, so ist es doch für die Seele gesund und stärkend, und muß dem Kranken wie oftmals eine widerwärtige Arznei mit Gewalt eingeflößt werden; namentlich ist mein teurer Freund, der verehrte Chef dieses Hauses," setzte er listig hinzu, „schon längere Zeit kränker an der Seele, als er es an seinem Leibe je werden kann." Die Prinzipalin zuckte die Achseln und ließ ihn sein Heil versuchen. Es dauerte aber nicht lange, so kam der Geistliche wieder zurück, etwas blaß und verstörten Angesichtes. Der Doktor Burbus war gerade bei der Prinzipalin. „Ich muß," sagte Sprotzer sonderbar lächelnd, „eine günstigere Zeit abwarten, denn aber mit aller Kraft dahintergehen, eine Seele, die kräftiglich gefaßt ist von den Krallen des Bösen, vom ewigen Verderben zu erretten. O Frau," setzte er mit erhobenem Blick hinzu, „ich habe gotteslästerliche Reden gehört und wäre fast ein Opfer meines Berufs geworden; die Hand des Bösen regierte den Kranken und eine früherne Gabel, mit welcher derselbe eingemachte Früchte verspeiste, warf er nach meinem Haupte. Doch der Schirm des hohen Gottes, der beisteht den Gerechten, lenkte sie von mir ab. Laßt uns beten, meine Freunde!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191806 27-19/fragment/page=0005

Luftdruckunterschieden und infolgedessen zu stürmischen Winden aus westlicher bis nordwestlicher Richtung führte. Diese kühlen Seewinde hatten einen sehr starken Rückgang der Temperaturen zur Folge, die Sonntag und Montag fast nirgends auch nur 15 Grad Celsius erreichten, vielfach sogar, namentlich im äußersten Westen und Süden des Landes, mittags unter 10 Grad Wärme blieben. Infolgedessen war es während der letzten Tage an der Grenze der Polarregion viel wärmer als in Süddeutschland, wo München beispielsweise am Sonntagabend nur 8 Grad Wärme hatte, gegenüber 18 Grad in Haparanda. Die teils ununterbrochen, teils in Gestalt häufiger Schauer niedergegangenen Regenfälle waren strichweise von Gewittern begleitet; auf den Höhen der Mittelgebirge fiel Schnee, und auf dem Brocken liegt die weiße Decke fußhoch. Mit der jetzt erfolgenden, von Westen nach Osten fortschreitenden Zunahme des Luftdrucks ist eine allmähliche Besserung des Wetters zu erwarten; doch besteht für die ersten klaren Nächte wieder die Gefahr von Frösten. Bis zur völligen Wiedererwärmung dürften, namentlich im Osten des Landes, noch mehrere Tage vergehen.

* **Ueber die Abfindung von Kriegerwitwen** geben wir infolge häufiger Anfragen aus unserem Leserkreise nachstehend das Wichtigste wieder. Witwen, denen aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges auf Grund des Militär-Hinterbliebenen-Gesetzes von 1907 Kriegerwitwengeld gewährt worden ist, kann im Falle ihrer Wiederverheiratung eine einmalige Abfindungssumme bis zur Höhe von fünf Sechstel des dreifachen Betrages der Kriegsversorgung gewährt werden, das sind bis zu 1000 Mark für die Witwe eines Gemeinen, bis zu 1250 M. für die Witwe eines Sergeanten und Unteroffiziers, bis zu 1500 M. für die Witwe eines Feldwebels und Vizefeldwebels, bis zu 3000 M. für die Witwe eines Hauptmanns usw., bis zu 4000 M. für die Witwe eines Stabsoffiziers, bis zu 5000 M. für die Witwe eines Generals. Voraussetzung für die Bewilligungen ist das Vorhandensein eines Bedürfnisses. Die Bewilligung erfolgt auf Antrag, sie kann in besonders gearteten Fällen ausnahmsweise auch für die rückliegende Zeit erfolgen. In der Regel sollen nur solche Witwen berücksichtigt werden, die das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Die Abfindungssumme gilt als Vorschuß für den Fall, daß später eine gesetzliche Regelung der Angelegenheiten mit rückwirkender Kraft eintreten sollte. Sie wird nur gewährt, wenn für eine nützliche Verwendung des Geldes Gewähr besteht. Die Verpflichtung zum Grunderwerb ist an die Kapitalabfindung nicht geknüpft.

* **Lebensmittelschwindler in Uniform.** Am 19. Juni ist hier der fahnenflüchtige Ersatzreservist Peter von Witzenhausen festgenommen worden. Er trug unberechtigt Vizefeldwebeluniform mit der Regimentsnummer 26 auf den Achselklappen, das Eiserne Kreuz 1. Klasse und das Verwundetenabzeichen in Silber, außerdem das Band zum Eisernen Kreuz 2. Klasse und noch 1 Ordensband im Knopfloch. Der Festgenommene gibt selbst zu, hier in mehreren Fällen dadurch Leute um größere Beträge beschwindelt zu haben, daß er vorgab, er rücke wieder ins Feld und wolle von dort aus Lebensmittel wie Speck, Butter, Kaffee usw. zuschicken. Da er die Namen der Geschädigten nicht kennen will, werden diese ersucht, sich alsbald bei der Kriminalpolizei (Dreyhauptstraße 4), Zimmer 38 oder 37, zu melden, dort liegt auch das Lichtbild des Betrügers aus, der sich nicht selten Vizefeldwebel Hoffmann genannt haben will. Er ist 29 Jahre alt, auffallend klein — 1,59 m groß — hat schwarzbraunes Haar, kurzgeschnittenen dunkelblonden Schnurrbart, schmales, längliches Gesicht, an der rechten Halsseite eine längere Narbe und spricht Kölner Mundart.

* **Die militärische Ueberwachung der Reisenden** findet jetzt wieder in größerem Umfange wie früher statt. Reisende müssen daher bei allen Fahrten auf eine plötzliche Kontrolle gefaßt sein und Ausweispapiere mit sich führen.

* **10 000 Kriegsersatzmittel.** Welchen Umfang die Ersatzindustrie in der Kriegszeit angenommen hat, zeigt das Ergebnis der Tätigkeit der bei der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts errichteten Ersatzmittel-Auskunftsstelle. Auf Grund der von ihr ergangenen Aufforderung sind von den Nahrungsmitteluntersuchungsämtern, Preisprüfungsstellen und andern beteiligten Beamtungen bisher über 10 000 Ersatznahrungsmittel benannt worden. Zu Anfang 1917 waren es erst rund 1200 Ersatznahrungsmittel und einige hundert technische Ersatzmittel. Unter diesen Ersatzmitteln befinden sich natürlich viele, die nur ein kurzes, oft nur ein örtliches Dasein führen, und deren Herstellung aus verschiedenen Gründen bald wieder eingestellt wurde.

* **Verbot der Brennessel-Verfütterung.** Laut Verfügung des Kriegsministeriums vom 2. Oktober 1917 dürfen Brennesseln weder verfüttert noch als Gemüse verwendet werden. Sobald die Brennesseln abgeerntet sind, unterliegen sie der Meldepflicht an das Webstoffmeldeamt der Kriegsrohstoff-Abteilung des Kgl. Preußischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Ver. Hedemannstr. 10, unter der Aufschrift „Nesselbeschlagnahme“.

* **Hamstern ist nicht unter allen Umständen strafbar.** Auf die Anzeige eines Nachbars hatte bei dem Glasermeister R. in Berlin eine Haussuchung stattgefunden, wobei Schinken, Speck u. dergl. im Gesamtgewicht von 144 Pfund gefunden worden waren. Gegen den erlassenen Strafbefehl, der auf 1 Monat Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe lautete, hatte R. Berufung eingelegt, die Erfolg hatte. R. wurde nur zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er seine Lebensmittelkarten nicht abgegeben hatte; im übrigen erfolgte Freisprechung. Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers, der geltend machte, daß der Angeklagte wegen Höchstpreisüberschreitung, die ihm auch zur Last gelegt worden war, nach der neuen Verordnung vom 8. Mai d. J., die am 1. Juni in Kraft getreten ist, überhaupt nicht bestraft werden könne. Nach dieser Verordnung ist das Hamstern in drei Fällen straffrei: wenn ein Privatmann nur für den eigenen Bedarf kauft, wenn Gemeinden und wenn Kriegsbetriebe, unter Ueberschreitung der Höchstpreise, für ihre Bewohner oder Beschäftigte Waren einkaufen. Die Straflosigkeit trete in den beiden letzten Fällen jedoch nur ein, wenn die Gemeinde oder der Kriegsbetrieb die über den Höchstpreis erworbene Ware zum Höchstpreis oder darunter abgibt.

* **Die Kleiderabgabe gilt auch für Militärpersonen.** Da vielfach die irrige Meinung aufgetaucht ist, der Aufruf, zugunsten der Arbeiterschaft kriegswichtiger Betriebe getragene Männeroberkleidung abzugeben, richte sich nicht an solche Personen, die im Heeresdienste stehen, teilt die Reichsbekleidungsstelle mit, daß auch Militärpersonen von der Abgabe nicht ausgeschlossen sind. Sie sind, soweit sie entbehrliche Kleidung besitzen, in gleicher Weise zu der Abgabe heranzuziehen wie die Zivilpersonen. Von ihnen kann, sofern sie unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Verhältnisse als abgabefähig anzusehen sind, ebenfalls die Vorlage eines Bestandsverzeichnisses verlangt werden, wenn sie dem Aufruf keine Folge leisten.

* **Ausstellung für Säuglingsfürsorge.** Am Freitag, zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags, findet in der Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge — Aula des Städt. Lyceums, Alte Promenade — für die Mütter und Frauen der Säuglingsfürsorge eine Führung unter Leitung des Herrn Oberarztes Dr. Rech statt.

* **Leder sparen trotz stärkerer Lederzufuhr.** Amtlich wird folgendes mitgeteilt: Der Umstand, daß zur Zeit Lederschuhwerk in erheblich größerem Umfange im Handel ist als in den ersten Monaten des Jahres, scheint in der Bevölkerung die Auffassung erzeugt zu haben, als ob eine dauernde Besserung in unserer Lederversorgung eingetreten wäre. Die Neigung, Kriegsschuhe mit Ersatzsohlen zu verwenden, hat neuerdings entschieden wieder abgenommen. Wie die Ansammlungen vor den Schuhläden zeigen, wendet sich die Nachfrage wieder nahezu ausschließlich dem Lederschuhwerk zu. Dabei wird aber ein Umstand übersehen. Die gegenwärtige reichlichere Lederversorgung ist allein auf die vermehrten Abschlachtungen zurückzuführen, die vor einem Jahre während einiger Monate zum Zwecke der Verdoppelung der Fleischration stattfanden. Da die Häute etwa neun Monate zur Verarbeitung erfordern, konnte die Wirkung dieser vermehrten Abschlachtungen erst in diesem Jahre eintreten. In absehbarer Zeit wird nun der Zuwachs an Häuten verbraucht sein, so daß Leder wiederum nur in dem früheren sehr beschränkten Umfange für die Zivilbevölkerung abgegeben werden kann. Außerdem aber muß schon heute mit Sicherheit auf eine wesentliche Einschränkung der Viehschlachtungen im nächsten Herbst und Winter gerechnet werden, weil die zu starken Eingriffe in unseren Rindviehstapel die Versorgung mit Milch und Butter sehr ungünstig beeinflußt haben. Aus der Einschränkung der Schlachtungen entsteht dann eine entsprechende Verringerung der verfügbaren Ledermengen. Im kommenden Jahr ist also unter allen Umständen mit sehr schwierigen Verhältnissen in bezug auf die Versorgung mit Lederschuhen zu rechnen. Aus diesem Grunde liegt es im dringendsten Interesse der Verbraucher, das Lederschuhwerk in Zeiten günstiger Witterung durch Verwendung von Ersatzstoffen zu schonen und für die Zeiten ungünstiger Witterung aufzusparen.

* **Schwurgericht Halle.** Die Frau Frieda Scheide geb. Büchner hatte sich wegen Meineides in zwei Fällen zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die Geschworenen erklärten die Angeklagte in vollem Umfange für schuldig. Das Gericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr sechs Monaten, worauf zwei Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden; auch wurde auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre erkannt und die Verurteilte für dauernd unfähig erklärt, als Zeugin eidlich vernommen zu werden. Sie erklärte auf Befragen, die Strafe annehmen zu wollen.

* **An dem Gewerbegericht** sollen die in den Jahren 1892 bis 1901 ergangenen Prozeßakten vernichtet werden. Diejenigen, die an der längeren Aufbewahrung der Akten ein Interesse haben, werden aufgefordert, dieses innerhalb vier Wochen anzumelden und zu bescheinigen.

* **Aus dem Saalkreise wird berichtet:** Der ergiebige Regen der letzten Tage hat auf den Stand der Saaten in unseren Fluren der Elsteraue einen günstigen Einfluß hervorgerufen. Roggen und Weizen haben sich sichtlich erholt, so daß auf eine befriedigende Ernte an Körnern und Stroh gerechnet werden kann. Auch der Hafer zeigt ein gutes Aussehen. Dagegen hat die Gerste infolge der anhaltenden Dürre am meisten gelitten. Der Stand der Hackfrüchte, namentlich der Kartoffeln, kann als gut bezeichnet werden. Auf eine gute Ernte an Kartoffeln ist zu rechnen. Hoffentlich tritt bald wärmere Witterung ein. Dann kann bald mit der Getreideernte begonnen werden. — Die Schotendiebstähle auf den ausgedehnten Erbsenfeldern in der Dieskauer Feldmark sowie in den angrenzenden nehmen in erschreckendem Maße zu. Nicht nur aus Ortschaften der näheren Umgebung, sondern auch von weiter her stellen sich stille Teilhaber ein, um über die Breiten herzufallen und zu pflücken. Zahlreiche Anzeigen sind bereits ergangen. — Eine seltsame Störung der Kohlenförderung ist auf der zum Rittergute Döllnitz gehörigen Grube 90/496 eingetreten. Die Preßsteinfabrikation beginnt sonst bei der frostfreien Witterung im Frühjahr und endet bei strengerer Frosteinwirkung im Herbst. Die Abgabe der Steine erfolgt gegen Bezugsscheine. Die Trockenschuppen sind nun besetzt, eine Bahnverfrachtung ist wegen der fehlenden Eisenbahnverbindung nicht möglich, so daß der Betrieb jetzt lahmgelegt ist, obschon höheren Ortes eine möglichste Kohlenförderung erwünscht ist und das Versehen der Hauswirtschaften mit Hausbrand rechtzeitig bewirkt werden soll.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater Donnerstag, wird „Alt-Heidelberg“ gegeben. Freitag „Die Rose von Stambul“, Sonnabend „Der Troubadour“, Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Die Stützen der Gesellschaft“, abends 7½ Uhr „Der Zigeunerbaron“.

Aus der Provinz.

Militärbehörde und Wohnungsfrage.

Durch die fast gänzliche Ausschaltung jeglicher Bautätigkeit während der Kriegszeit ist besonders in den Industriezentren eine beängstigende Wohnungskalamität eingetreten, die bei Friedensschluß zu einer Katastrophe führen muß. Aber auch schon heute ist eine Folge dieses Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage, daß eine wüste Treiberei der Wohnungsmieten durch die Hausbesitzer eingesetzt hat. Um diesen Mißständen zu begegnen, hat der kommandierende General für das 7. Armeekorps (Münster) auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgende Verordnung erlassen:

„Den Vermietern wird verboten, Wohnungen oder Wohnräume, die im Bereich des 7. Armeekorps belegen sind, ohne Einverständnis der Mieter zu kündigen oder nach Ablauf des Mietvertrages an andere als die bisherigen Mieter zu vermieten oder sonst zu überlassen oder selbst in Benutzung zu nehmen, falls nicht der Leiter des Kommunalverbandes oder eine von diesem bestimmte Dienststelle oder Kommission der Kündigung usw. zugestimmt hat.

Diese Bestimmung gilt auch für das Verhältnis zwischen Mieter und Untermieter.

Die Zustimmung kann insbesondere dann versagt werden, wenn durch die Kündigung usw. die Beschaffung einer anderen geeigneten Wohnung für den bisherigen Inhaber in Frage gestellt wird oder wenn die Kündigung usw. anläßlich des Ueberganges des Grundstücks auf einen anderen Eigentümer oder in der Absicht erfolgt, den Mietpreis in ungerechtfertigtem Maße zu steigern.

In solchen Kommunalverbänden oder Gemeinden, in denen ein Bedürfnis nach Einschränkung des freien Kündigungsrechts nicht oder nur in geringem Maße hervorgetreten ist, kann der Leiter des Kommunalverbandes von dem Erfordernis der Zustimmung Befreiung eintreten lassen, und zwar entweder allgemein oder für bestimmte Fälle, z. B. für die Fälle, daß einer der Beteiligten in der Lage ist, das Mieteinigungsamt anzurufen und dessen Zuständigkeit begründet ist.

Es wird verboten, ohne Zustimmung des Leiters des Kommunalverbandes oder der von diesem zu bestimmenden Dienststelle oder Kommission Räumlichkeiten, die bisher als Wohnstätten gedient haben oder zur Benutzung als selbständige Wohnung geeignet sind, zu anderen als Wohnzwecken zu verwenden oder zu vermieten.

Es wird verboten, Wohnungen oder Räumlichkeiten, die allein oder in Verbindung mit anderen Räumlichkeiten zur Benutzung als selbständige Wohnung geeignet sind, unbenutzt zu lassen, ohne sie binnen zwei Wochen freiwillig oder, falls dies nicht geschieht, auf Anforderung des Leiters des Kommunalverbandes dem Kommunalverbande zu einem angemessenen Preise, dessen Höhe erforderlichenfalls von einer durch den Leiter des Kommunalverbandes zu bestimmenden Sachverständigenkommission festgesetzt wird, mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, daß der Kommunalverband für eigene Rechnung die freie Verfügung darüber im Umfange der dem Vermieter zustehenden Befugnisse erhält.

Als solche Räumlichkeiten gelten auch Teile von Wohnungen die ohne Beeinträchtigung der Benutzung der übrigen Räume von der Wohnung abgetrennt werden können.

Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räumlichkeiten, wenn sie vollständig leerstehen oder lediglich zur Aufbewahrung von Gegenständen benutzt werden, die in Lagerräumen aufbewahrt werden können. Räumlichkeiten, die mit eigenen oder auf Abzahlung entnommenen Möbeln wohnungsgemäß eingerichtet sind, gelten nicht als unbenutzt.“

Zum Schlusse werden dann Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre, bei mildernden Umständen Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M. angedroht, und zugleich bestimmt, daß eine Zuwiderhandlung dann vorliegt, „wenn die Wohnung nicht freiwillig zur Verfügung gestellt wird als auch in dem Fall, in dem die vom Leiter des Kommunalverbandes ergehende Aufforderung ohne Erfolg bleibt.“.

Durch diese Verordnung werden zweifellos die gröbsten Ausschreitungen der Hausagrarier beseitigt, und es wird wenigstens etwas dem Wohnungsmietwucher ein Riegel vorgeschoben. Das Beispiel dieses kommandierenden Generals verdient auch in anderen Korpsbezirken Nachahmung. Wobei noch ergänzt werden mag, daß auch möblierte leerstehende Wohnungen, die nicht dauernd benutzt werden, als unbenutzt bezeichnet werden müssen.

Merseburg. Erhängt. Freiwillig aus dem Leben geschieden ist der Invalid Emil Köhler, Unter-Altenburg 27. Man fand ihn erhängt in seiner Stube vor. K. war 67 Jahre alt und schon längere Zeit unheilbar krank. Dies dürfte auch die Ursache zum Selbstmord gewesen sein.

— Drei Einbrecher wurden von der Polizei und der Gendarmerie ermittelt. Es handelt sich um den Amtshäuser 14 wohnhaften Arbeiter Kalkofen, den Arbeiter Karl Franz in Reipisch und den Arbeiter Götze in Wernsdorf, die sich schon seit längerer Zeit verdächtig gemacht hatten, an Diebstählen in den umliegenden Ortschaften beteiligt zu sein. Die Verdachtsmomente hatten sich in letzter Zeit soweit verdichtet, daß zur Haussuchung geschritten wurde. Bei allen drei Beteiligten wurde eine größere Anzahl von geleerten Einweckgläsern, ferner Büchsen mit Butter und Gemüse, sowie größere Mengen Stoff und vieles andere vorgefunden, die aus Einbruchsdiebstählen in Blösien, Beuna und Leipzig herrühren. Ob den Einbrechern noch weitere Straftaten zur Last fallen, muß erst der weitere Verlauf der Untersuchung feststellen.

Naumburg. Die Beglaubigung der Ruhegehalts- und Rentenempfangsbescheinigungen findet Montag, den 1. Juli, in der Polizeiwache im Rathause statt. Die Ruhegehalts- und Rentenempfänger werden dringend gebeten, ihre Empfangs- und Lebensbescheinigungen am vorgenannten Tage sich beglaubigen zu lassen. Die sonst notwendigen Einzelbeglaubigungen an den folgenden Tagen erschweren die Erledigung der anderen Dienstgeschäfte außerordentlich und schädigen damit die Allgemeinheit.

— Die Versorgungs-Abteilung des Bezirkskommandos wird mit dem 1. Juli aus dem Bezirkskommando-Gebäude nach Markt 8, Eingang Gr. Jakobsstraße, 1 Treppe links, verlegt. Alle Schriftstücke betreffend Kriegselterngeld, Kriegs-Witwengeld, Kriegs-Waisengeld, Zuwendungen für Hinterbliebene, Kriegsrentenempfänger, Rentenempfänger, Invaliden, Zuwendungen für Kriegsrentenempfänger und Rentenempfänger, Badekuren, künstliche Glieder, orthopädisches Schuhwerk, Zivilversorgungsscheine, Anstellungsscheine, Kapitalabfindung und Kriegsbeschädigten-Fürsorge sind zu richten an: „Königl. Bezirkskommando, Versorgungsabteilung, in Naumburg a. S.“ Persönliche mündliche Anfragen in den genannten Angelegenheiten sind vom 1. Juli an nur in der Versorgungs-Abteilung, Markt 8, anzubringen.“

Zeitz. Zur Lebensmittelversorgung gibt der Magistrat folgendes bekannt: Es ist uns öfter zu Ohren gekommen, daß verschiedene Geschäfte trotz unserer vielfachen Warnungen, die Waren früher verkaufen, als zu dem von uns angesetzten Termin. Wir warnen hiermit zum letzten Male, da wir jedes Geschäft, das unsere Bestimmungen nicht einhält, ohne Ausnahme von dem Bezuge städtischer Waren ausschließen werden. Gleichzeitig bitten wir die Einwohner, doch nunmehr streng darauf zu achten, bis Montags die Lebensmittelmarken abzugeben, da wir in Zukunft keine mehr abstempeln. Wer verreisen will, muß daher die Marken seinem Nachbar oder seinem Kaufmann, bei dem er die Waren bestellen will, rechtzeitig übergeben.

Bitterfeld. Herabsetzung der Kartoffelration. Der Magistrat erläßt jetzt folgende Bekanntmachung: Da infolge der kühlen Witterung die Ernte der Frühkartoffeln sich verzögert, müssen die dem Lebensmittelamt noch zur Verfügung stehenden geringen Bestände an Kartoffeln anstatt bis zum 13. bis zum 27. Juli reichen. Die Wochenkopfmenge muß deshalb herabgesetzt werden. 1. Die noch vorhandenen Abschnitte 16 und 17 der Kartoffelkarte werden von heute an nur noch mit je 2½ Pfund Kartoffeln eingelöst. 2. Wer seinen Bedarf auf Bezugsschein gedeckt hat, muß damit bis zum 27. Juli ausreichen. 3. Die auf Kartoffelkarten bisher entnommenen Mengen müssen den Bedarf bis zum 13. Juli decken. 4. Die unter 3 fallenden Einwohner erhalten für die Zeit vom 14.—27. Juli noch insgesamt 5 Pfund Kartoffeln. 5. Alle Einwohner, die mit den Kartoffeln nicht ausreichen, müssen zur Streckung auf Dörrkohlrüben bzw. Dörrgemüse verwiesen werden. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß von jetzt an fast regelmäßig im Rathaushofe und bei den Händlern Frischgemüse zu haben ist.

Vermischtes.

Fettgewinnung aus Heuschrecken. An Heuschrecken ist wenigstens in wärmeren Gegenden kein Mangel, und der Mensch hat verschiedentlich versucht, aus dieser Landplage irgendeinen Nutzen zu ziehen. Bekannt ist, daß die Bewohner Arabiens ein Mehl aus gerösteten Heuschrecken herstellen und in Mischung mit einem anderen Teig verzehren. Nach einer Mitteilung im Tropenpflanzer ist jetzt in Argentinien die Entdeckung gemacht worden, daß sich ein nutzbares Fett aus Heuschrecken gewinnen läßt, indem die Tiere getrocknet und dann mit Benzin, Erdöl oder Schwefelkohlenstoff und noch einmal mit Weingeist behandelt werden. Eine Tonne Heuschrecken, die nicht schwer zu sammeln ist, soll 160—180 Kilogramm Fett ergeben. In Süd-Europa und Vorder-Asien ließe sich angesichts der Heuschreckenplage der letzten Jahre das Verfahren vielleicht erproben, obgleich es dem menschlichen Geschmack nicht besonders verlockend erscheint.

Indianerforschungen am Amazonenstrom. Eine großartige Forschungsreise, die volle 8½ Jahre in Anspruch genommen hat, ist von dem Amerikaner Farabees im Gebiet des Amazonenstroms ausgeführt worden. Das ganze Unternehmen bestand eigentlich aus fünf einzelnen Reisen. Die erste richtete sich nach den Campo-Stämmen, die in dem Gebiet zwischen dem nördlichen Brasilien und dem britischen Guyana hausen. Auf dieser Reise traf die Expedition noch mit Ogilvi zusammen, einem vielerfahrenen Indianerforscher, der als Führer treffliche Dienste leistete. Das Becken der gewaltigen Nebenflüsse, die der Amazonenstrom aus dieser Gegend empfängt, wurde in vielen unbekannten Teilen erforscht. Die zweite Reise führte den ganzen Amazonenstrom hinauf bis nach Peru, um dort eine Reihe von wenig bekannten Indianerstämmen zu besuchen. Auch die beiden folgenden Reisen führten weit ins Innere, während die letzte mit Ausgrabungen abschloß, die auf der großen Maranon-Insel im Mündungsgebiet des Stromes gemacht wurden, wo sich viele merkwürdige und reich ausgestattete Gräber vorfanden.

Eingegangene Schriften.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 12. Heft vom 2. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Unser neues Aktionsprogramm und die Agrarfrage. Von Arno Franke. — Zur Entwicklung der Eisenhütteninduftrie. Von Richard Woldt. (Schluß.) — Die Zukunft der Arbeiterbüchereien. Von Otto Thomas (München). — Die soziale Lage der deutschen Rechtsanwaltsangestellten. Von Franz Krüger. — Literarische Rundschau: Paul Hirsch, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege. Von Ig. Paul Lange, Lohnarbeit und Kapital während des Krieges. Von A. Ellinger. R. Respital und F. Starosson, Wilhelm Marten. Von L. L. — Notizen: Verbesserung der Lebenshaltung der deutschen Bauarbeiter.

Die neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.90 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 13 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Gibt es gemeinsame Wege? Von Heinrich Schulz. — Was wir unseren Ahnen schulden. Von H. H. — Trude, der Lausbub. Von Th. Thomas. (Schluß.) — Elfriede Schäfer: Arnold Böcklin. (Mit Abbildungen). — In der Ukraina. Von Kurt Heilbut. — Menschheitsbücher. Von Karl Diesel. — Aus der Jugendbewegung. — Bücher der Buchhandlung Vorwärts.

Quittung über freiwillige Beiträge.

Sch. D. 1.20 M.

Parteisekretariat des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und Saalkreis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180627-19/fragment/page=0006